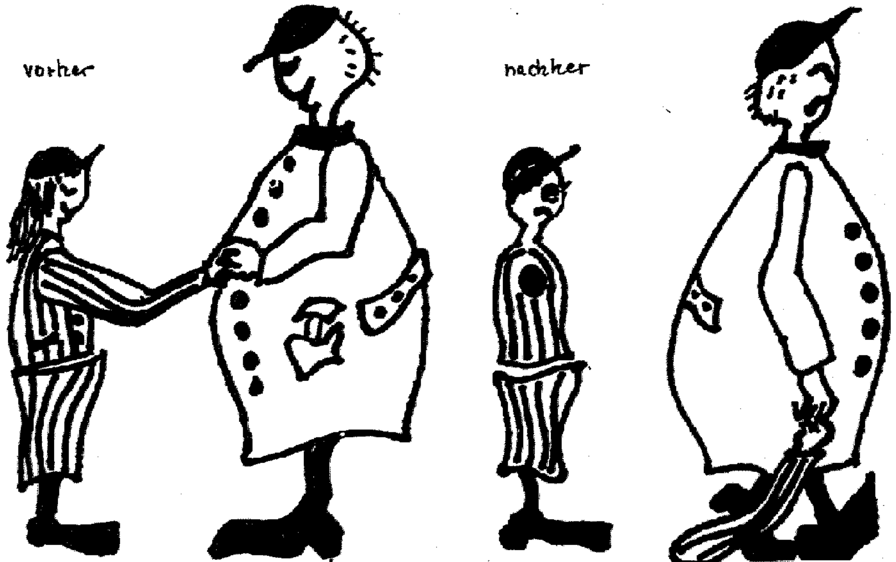
INFO SOZIALARBEIT

Heft 1

Fürsorgeerziehung



'Fürsorge'erziehung im Kapitalismus

Dieser Info dient der Information und Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Gruppen und Einzelnen, die im Sozialisationsbereich arbeiten und wendet sich an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Erziehungsberatungsstellen, Kriminologen, Pfarrer, Berufsschullehrer, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten etc. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Fürsorgeerziehung mit schwerpunktmäßiger Orientierung auf das Thema "Wohngemeinschaft mit Jugendlichen der öffentlichen Erziehung".

Einzelpreis drei Mark

Dieser Informationsdienst SOZIALARBEIT wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Das Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind. Das Info erscheint ab Ausgabe 2 im Jahre 1973 mit insgesamt vier Ausgaben und kostet im Abonnement für 1973 DM 1o.--.

Einzelpreis DM 3.--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren 2o % Rabatt; Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandlungen) 4o % Rabatt; zuzüglich Versandkosten

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage, November 1972, 5ooo Exemplare

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Telefon 0611 - 83 25 93
Postscheck PSA Frankfurt, Konto 61041

Druck: Hbo-druck, Bensheim

INFO SOZIALARBEIT Heft 1

I N H A L T

Editorial — Seite 3
Vorbemerkungen zu dieser Ausgabe — Seite 9
Sozialarbeit im Kapitalismus — Seite 11
Der Sozialarbeiter — Seite 19
Soziopsychische Situation der Sozialarbeiter — Seite 2o
Schlaglichter zur Herkunft der "Fürsorge"jugendlichen — Seite 22
Konkretionen zum Aufbau eines Jugendkollektivs — Seite 25
Verein Soziale Jugendarbeit e.V. Konzeption für die Einrichtung einer Wohngemeinschaft mit Minderjährigen in öffentlicher Erziehung — Seite 32
Verdeutlichung der Klassenlage der Sozialarbeiter an Hand der im Kollektiv gemachten Erfahrungen — Seite 37
"DIE KOLLEKTIV-ZEITUNG" — Seite 41
Solidarität mit dem Georg-von-Rauch-Haus — Seite 55
Zunehmender Druck der Sozialbürokratie auf Jugendwohngemeinschaften — Seite 59
BUCHBESPRECHUNGEN — Seite 63
Gefesselte Jugend — Seite 65
Zur Sozialisation proletarischer Kinder
Materialien zur Lage der Arbeiterjugend in Westberlin — Seite 67
Geschichte und Funktion der Sozialarbeit — Seite 71
Nachrichten — Seite 72

E d i t o r i a l

Die Wirtschaftskrise 1966/67, das Aufbrechen der Widersprüche insbesondere an den Ausbildungsstätten - Hochschulen und Schulen - haben das gesamte System der BRD in eine gesellschaftliche Krise geführt und den Glauben in den "krisenfesten Kapitalismus" nachhaltig erschüttert.

Beeinflußt durch die Studentenbewegung und konfrontiert mit ihrer eigenen mangelhaften Ausbildungssituation an den Höheren Fachschulen und einer Praxis, die sich auszeichnet durch fehlende Mittel, ungenügender personeller und materieller Ausstattung etc. stellte sich für einen immer größer werdenden Teil der im Sozialbereich Tätigen (Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher, Kindergärtnerinnen etc.) die Frage nach den Widersprüchen, durch die ihre Arbeit geprägt wird, der politischen Funktion von Sozialarbeit und der Selbstorganisation in diesem Arbeitsfeld.

Die Funktion von Sozialarbeit mit ihren verschiedenen Bereichen im Reproduktionssektor ist allerdings bisher erst auf einer sehr allgemeinen Ebene bestimmt: AKS-Papier, Gefesselte Jugend, Erziehung und Klassenkampf Nr. 4/71. Sozialarbeit/Sozialpädagogik sind vernachlässigte Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion. Sie sind gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Erhaltung und Qualifizierung der Ware Arbeitskraft. Da der Kapitalismus auf die reibungslose Verwertung der Ware Arbeitskraft angewiesen ist, beobachten wir im Verlauf der letzten Jahrhunderte eine immer stärkere Vergesellschaftung der Sozialarbeit, die als Institutionalisierung, Professionalisierung und Verstaatlichung zum Ausdruck kommt.

Dabei sind die gesellschaftlichen Funktionen der Sozialarbeit zu differenzieren: zum einen erfüllt sie allgemeine und materielle Aufgaben, die eine jede Gesellschaft im Hinblick auf die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft wahrzunehmen hat (Sozialversorgung, Gesundheitsfürsorge. Vorschule, Kindergarten), zum anderen erwachsen ihr Aufgaben, die sich als institutionalisierte Reaktion auf Phänomene verstehen lassen, die sich direkt oder indirekt aus den spezifischen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ableiten lassen: so die materielle Unterstützung derjenigen, die aus dem Produktionsprozeß herausfallen und nicht voll integriert sind; so die disziplinatorische Integration derjenigen, die vorgängige Erziehungsinstitutionen nicht zu den gewünschten "normalen" Verhaltensweisen gebracht haben. - Durch den kapitalistischen Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung sind der Sozialarbeit materielle Grenzen gesetzt. Die infrastrukturellen Bereiche werden nur soweit gefördert, wie es die Stabilisierung des Systems erfordert.

Viele Sozialarbeiter und Sozialpädagogen haben heute erkannt, daß die Klassengegensätze im Kapitalismus nicht aufgehoben sind und die Arbeiterklasse, aus der sich ihr Klientel zum überwiegenden Teil rekrutiert, gemessen am gesellschaftlichen Reichtum gezwungen ist, unter erschwerenden Bedingungen ihre Arbeitskraft zu reproduzieren und sich ein Teil immer in einer Sphäre der Deklassierung befindet.

Der Staat hat ein System von Institutionen und Maßnahmen geschaffen, mit dem versucht wird, diese Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise aufzufangen und notdürftig zu beheben, um Klassenauseinandersetzungen zu begegnen. Dabei werden Reformen nur soweit vorangetrieben, wie die Finanzierung die Profite der Kapitalisten und deren Rechte nicht angetastet werden oder sie für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft unabdingbar geworden sind. Die sozialpolitischen und sozialpädagogischen Maßnahmen haben daher einen widersprüchlichen Charakter, sie übernehmen nicht nur Kontroll-, Sicherungs-, Disziplinierungs- oder Qualifizierungsaufgaben, sie sollen auch ablenken von den politischen und ökonomischen Ursachen von Obdachlosigkeit, Kriminalität, Verwahrlosung, Armut etc.

Die Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen und der Kampf um Alternativen zur bisherigen Praxis der Sozialarbeit durchlief verschiedene Phasen und Organisationszusammenhänge. In vielen Städten organisierten sich Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher und Kindergärtnerinnen etc. in Arbeitsgruppen, beteiligten sich mit Studenten an Randgruppenprojekten mit Fürsorgezöglingen, Obdachlosen, Strafgefangenen, psychisch Kranken etc. oder gründeten eigene Vereine zur Organisierung von Alternativmodellen.

Ein erster Versuch, die Sozialarbeiterbewegung zu analysieren, wurde in Erziehung und Klassenkampf Nr. 4/71 gemacht - jedoch bleiben noch eine Menge Fragen offen - wobei es die regionalen Unterschiede und Voraussetzungen des Kampfes im Sozialbereich schwer machen, die gesamte Bewegung richtig einzuschätzen und daraus Schlußfolgerungen für die Organisierung der in diesem Bereich Tätigen zu ziehen.

Höhepunkt und erste überregionale Aktion im Sozialbereich war der 4. Deutsche Jugendhilfetag in Nürnberg, zu dem sich auf Initiative des Sozialistischen Büros und der Sozialpädagogischen Korrespondenz Berlin ca. 4oo bis 5oo Genossen aus dem Sozialisationsbereich in der SOZIALISTISCHEN AKTION JUGENDHILFETAG zusammenschlossen. Die Zusammenarbeit auf dem Jugendhilfetag sollte für die Zukunft organisationsstiftend sein. So wurde in der abschließenden Dokumentation zum Jugendhilfetag formuliert: "Die notwendigen Solidarisierungshilfen gegenüber den unterdrückten Massen sind nur dann möglich, wenn sie durch eine Solidarisierung und Zusammenschließung der im Sozialisationsfeld Arbeitenden ergänzt und verstärkt werden. Dies ist der erste Schritt zu einer sozialistischen Berufspraxis der Arbeitenden im Sozialisationssektor. Für die weitere Arbeit der SOZIALISTISCHEN AKTION gilt es jetzt, Ansätze für eine Organisation zu finden, zunächst also die kritisch sozialistisch orientierten Sozialarbeiter und Erzieher in lokalen projektorientierten Gruppen zu sammeln. Eine noch während des Jugendhilfetages gebildete Projektgruppe wird sich mit den Möglichkeiten überregionaler Zusammenarbeit befassen."

Jedoch weder dieser Beschluß noch der anschließende Appell und Aufruf in der Sozialpädagogischen Korrespondenz Nr. 11/1970 konnten die Ansätze auf regionaler Ebene vorantreiben, - der Versuch, die Gruppen auf nationaler Ebene zu organisieren, erfolgte nicht. Die Gründe hierfür dürften einerseits unter der damals besonders stark wuchernden Fraktionierung innerhalb der Linken, andererseits aber auch in der Konzentrierung vieler Gruppen auf örtliches und projektbezogenes Arbeiten zu suchen sein. Ebenso konnte der Anspruch der Genossen mit der Zeitschrift Erziehung und Klassenkampf "die strategischen Diskussionen, Schulung, Initiierung und Verschärfung der Massenkämpfe und die Vereinheitlichung des Organisationsprozesses sozialistischer Erzieher und proletarischer Jugend voranzutreiben" nicht eingelöst werden. Ein wesentlicher Grund - sicher nicht der einzige - dafür ist die in vielen Beiträgen deutlich werdende Abhebung von den alltäglichen Erfahrungen, Konflikten und Problemen der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen aus der Praxis. So notwendig ein theoretisches Organ für den Erziehungssektor ist, es kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit allein der Organisierungsgrad nicht vorangetrieben werden kann.

Im Sozialisationsbereich arbeiten heute eine Vielzahl von kleinen und größeren Gruppen, Einzelkämpfern oft an gleichen Orten, ohne daß sie Verbindung zueinander haben. Sie sind konfrontiert mit Problemen und Konflikten, mit denen andere Gruppen schon ihre Erfahrungen gesammelt haben. Ein Austausch, geschweige denn eine Koordination, findet nicht statt. Informationen fließen nur über informelle Kanäle. Auch der politische Anspruch der Gruppen ist zum größten Teil sehr heterogen. Gemeinsam ist ihnen allen eine Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen, der Wille an der Überwindung des Systems zu arbeiten und die Zielsetzung, im Sozialbereich die Interessenvertretung der Betroffenen zu übernehmen, die Deklassierung von Individuen und Gruppen zu verhindern und beizutragen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse.

Für diese Genossen und Gruppen reicht das bisherige Informationsangebot nicht aus; Publikationen sind entweder auf den studentischen Bereich bezogen, lassen die praktische Auseinandersetzung vermissen (Erziehung und Klassenkampf), sie sind nicht hinreichend auf die gesamte BRD orentiert, um Ansätze für Organisationsmöglichkeiten für Praktiker zu bieten (Sozialpädagogische Korrespondenz) oder versuchen, unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Progressivität "moderne" Methoden und Inhalte zu vertreiben, ohne sie zu reflektieren, zu analysieren und zu fragen, wem diese dienen (Neue Praxis). Deshalb haben sich einige Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, entschlossen, im Rahmen des Sozialistischen Büros diesen Informationsdienst SOZIALARBEIT herauszugeben und zukünftig unter Einbeziehung weiterer interessierter Gruppen zu einem Instrument der Kommunikation, Koordination und Organisierung im Sozialisationsbereich auszubauen. Das Sozialistische Büro organisiert in Zusammenarbeit mit Basisgruppen anderer Bereiche bereits weitere derartige Projekte, z.B. den Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes und für Bildungsarbeiter den Informationsdienst ARBEITERBILDUNG.

Der Informationsdienst SOZIALARBEIT wendet sich an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Erziehungsberatungsstellen, Kriminologen, Pfarrer, Berufsschullehrer, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten, Studenten, die in sozialpolitischen Projekten arbeiten und andere, die beruflich im Sozialbereich tätig sind. Durch den Info soll den Gruppen und arbeitenden Genossen dadurch Unterstützung gegeben werden, indem sie die Möglichkeit erhalten und aufgefordert werden, ihre Erfahrungen, unmittelbare Probleme, Konflikte und Bedürfnisse darzustellen und mit anderen Gruppen in einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu treten.

An der Vorbereitung dieser ersten Ausgabe des Informationsdienstes SOZIALARBEIT waren beteiligt:
+ Verein für Soziale Jugendarbeit Bochum/Essen
+ Zentrum für Sozialplanung Essen
+ Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Frankfurt
+ SPAK Mainz und Freiburg
+ Aktion Kritische Jugendhilfe Mainz
+ Sozialistisches Büro Offenbach.

Es wurden folgende Gesichtspunkte für die Zielsetzung des Infos und der möglichen Inhalte diskutiert:
1. kontinuierliche Berichterstattung und Diskussion von Erfahrungen, Strategien und Perspektiven in der Arbeit im Sozialbereich;
2. Über den Erfahrungsaustausch hinaus Koordination und langfristige Zusammenarbeit;
3. Aufhebung der Vereinzelung und Zersplitterung von Individuen und Gruppen; Aufhebung der Trennung zwischen den verschiedenen sozialen Berufen und Tätigkeitsfeldern;
4. Zusammenarbeit und organisatorische Verbindung mit dem Sozialistischen Büro, das die Koordination und den Vertrieb übernimmt und womit auch die berufsspezifische Orientierung aufgehoben wird;
5. Methodendiskussion, Konfliktanalysen, Hinweise auf regionale Organisationsmöglichkeiten, Arbeitsmodelle, Finanzierungsmöglichkeiten, Personalverschiebebahnhof, Rezensionen, Dokumentationen, Anzeigen u.a.

Es ist beabsichtigt, in den ersten Ausgaben des Informationsdienstes SOZIALARBEIT problemorientiert schwerpunktmäßig die Arbeit und Erfahrungen einzelner Gruppen darzustellen. Die Vorbereitungen übernahmen für

Nummer 1 die Gruppen Bochum/Essen, Thema: Fürsorgeerziehung
Nummer 2 AKS-Frankfurt, Thema: Berufsspezifische Probleme von Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Kindergärtnerinnen etc. in Institutionen
Nummer 3 SPAK Mainz/Freiburg, Thema: Arbeit mit psychisch Kranken.

Die inhaltliche Gestaltung und Auswahl der Beiträge des Info sollen unter Beteiligung von Vertretern aller interessierter Gruppen auf Plenar-Redaktionstagungen diskutiert werden. Dabei bietet sich Gelegenheit, die Kooperation der Gruppen durch unmittelbare Kontakte zu vertiefen.

Um die hier skizzierte Konzeption des Informationsdienstes SOZIALARBEIT und den zukünftigen Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zu diskutieren und verbindlich festzulegen, haben wir für Januar/Februar 1973

eine Arbeitstagung vorgesehen, an der alle zur Mitarbeit entschlossenen Genossen und Gruppen teilnehmen sollen. Wir bitten euch, möglichst bis zum 1o. Januar 1973 eure Bereitschaft zur Teilnahme an der Arbeitstagung, evtl. auch schon inhaltliche Vorschläge sowie erste Kritik an der vorliegenden Ausgabe des Info an das Sozialistische Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591 mitzuteilen. Über den genauen Veranstaltungsort (wahrscheinlich Frankfurt), Termin etc. werden wir euch rechtzeitig informieren.

Vorbemerkungen zu dieser Ausgabe

Im Mittelpunkt dieser ersten Ausgabe des Informationsdienstes SOZIALARBEIT steht das Thema "Wohngemeinschaften mit Jugendlichen der öffentlichen Erziehung". Die Wahl des Themas erfolgte, weil die Vereine "Soziale Jugendarbeit" in Essen und Bochum, die diese Nummer gestaltet haben, selbst Träger von Kollektiven sind. Das entspricht auch dem Charakter dieses Infos, der durch Praxis-Erfahrungsaustausch die Diskussion unter Sozialarbeitern und anderen Praktikern im Sozialbereich fördern soll.

Zu den einzelnen Beiträgen:

Der Artikel "Sozialarbeit im Kapitalismus" erschien uns deshalb notwendig, weil Sozialarbeit im allgemeinen wie auch sozialpädagogische Arbeit in Kollektiven bestimmten Bedingungen unterworfen sind, deren Kenntnis und Einbeziehung in die praktische Arbeit uns unerläßlich scheinen. Dieser Artikel ist einer größeren Arbeit entnommen, die demnächst als Ganzes veröffentlicht werden soll.

Der Text "Die Sozialarbeiter" wurde von einer ehemals Obdachlosen, die 15 Jahre in Notunterkünften gewohnt hat, geschrieben und bestätigt den Beitrag über die "Soziopsychische Situation der Sozialarbeiter".

"Zur Herkunft der Fürsorgejugendlichen" versucht schlaglichtartig verschiedene Fakten zu bringen, die klar erkennen lassen, daß Fürsorgeabhängigkeit, Kriminalität, Armut, Obdachlosigkeit etc. vom kapitalistischen System produziert werden. Die Beiträge im Mittelteil des Infos beschäftigen sich mit der Einrichtung "Fürsorgekollektiv". Diejenigen, die sich mit dem Gedanken tragen, ein Kollektiv aufzubauen, finden in dem Artikel "Konkretionen zum Aufbau eines Jugendwohnkollektivs" praktische Hinweise. Es folgt eine Konzeption, die als Beispiel für Konzepte dienen kann zur Vorlage bei Sozialbehörden. Die "Verdeutlichung der Klassenlage der Sozialarbeiter ..." soll der Illusion entgegentreten, daß der Sozialarbeiter als Kollektivberater im Kollektiv mit den Jugendlichen als Gleicher unter Gleichen leben und arbeiten kann. "Die Kollektivzeitung" wird von den Mitgliedern des Kollektivs in Bochum selbst gemacht und an andere Jugendliche und in Heimen verteilt.

Aktuelle Informationen geben Berichte über das Georg-von-Rauch-Haus und über die Schließung des Kollektivs Essen-Steele.

In der Rubrik "Buchbesprechungen" bringen wir wichtige Veröffentlichungen zum Thema Fürsorgeerziehung sowie eine Inhaltsangabe der Broschüre "Geschichte und Funktion der Sozialarbeit".

Die Nachrichtenspalte zum Schluß des Info soll ausgebaut werden. Es sollen dort erscheinen: Offene Stellen, Nachrichten über existierende Gruppen und Arbeitsgemeinschaften, überregionale Veranstaltungen u.ä.

Diese erste Ausgabe des Informationsdienstes SOZIALARBEIT urde erstellt von folgenden Gruppen:
Verein Soziale Jugendarbeit, Essen; Zentrum für Gruppenstudien und Gemeinwesenarbeit, Essen; Verein Soziale Jugendarbeit, Bochum; Büro für Sozialplanung, Bochum.
Kontaktadresse: Büro für Sozialplanung
463 Bochum/Ruhr-Universität
Lennershofstr. 66 Bar. 8
Telefon 02321/701465

Sozialarbeit im Kapitalismus

Wie sehr die Sozialarbeit heute reformistisch, individualistisch und psychologistisch sich darin erschöpft, systemstabilisierend zu wirken, indem sie "gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte nicht unter dem Aspekt von Repression und Befreiung, sondern unter dem Aspekt des Erlernens einer jeweils tragfähigen, der Aktualität der gesellschaftlichen Verhältnisse angepassten Rolle" sieht, mag einmal daran deutlich werden, daß im Mittelpunkt des BSHG der Einzelne steht, der befähigt werden soll, einen Notstand zu überwinden, der von ihm aus eigenen Kräften und Mitteln nicht behoben werden kann, daß zum anderen Lehrbücher der Sozialarbeit massenhaft Methoden diskutieren und kritisieren, die Ziele der Sozialarbeit aber als unverrückbar gegeben annehmen. Als Beispiel dafür kann das Standardbuch der Sozialarbeiterausbildung von Friedländer/Pfaffengelder gelten, deren Definitionen der Ziele und Bereiche der Sozialarbeit exemplarisch für die übrige Literatur stehen können.

Ziel der Sozialarbeit ist es danach:
"Individuen, Gruppen und Gemeinden zu helfen, den höchstmöglichen Grad von sozialem, geistigem und leiblichem Wohlbefinden zu erreichen"
"Verbesserung der allgemeinen sozialen Bedingungen durch Anhebung des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Standards und durch Befürwortung besserer Wohn- und Arbeitsbedingungen und einer konstruktiven sozialen Gesetzgebung"
"Die Sozialarbeit verliert ihren Klassencharakter. Ihre Einrichtungen dienen der Verbesserung der Bedingungen für alle Klassen der gesamten Gemeinde"
"Diese Aufgabe wird durch soziale Einrichtungen wie Wohlfahrtsorganisationen, Schulen, Krankenhäuser, Kliniken, Arbeitsämter, Kirchen, Gerichte usw. angegangen "... das Wohlbefinden der Einzelnen mit der Wohlfahrt der Gesellschaft, in der sie leben, in Einklang zu bringen"
"... soziale Kräfte zu mobilisieren, um die sozialen und wirtschaftlichen Situationen aufzulösen, die zu Krankheit, psychischen Leiden, Frustrationen und asozialem Verhalten führen"
"... indem sie ihnen (den Hilfsbedürftigen), die zu ihrem Wohle geschaffenen Hilfsquellen der Gemeinde erklärt"
"... grundlegende wirtschaftliche Sicherheit aus Leistungen der Sozialversicherung oder Sozialhilfe, aus der Re-

alisierung von Versorgungsansprüchen oder aus freiwilliger Unterstützung durch soziale Einrichtungen zu erlangen"
"....Hilfe durch Hinweis auf Nutzung anderer Einrichtungen der Gemeinde (Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Gesundheitsdienst, psychatrische Behandlung, kulturelle, berufliche und schulische Fortbildung, Rehabilitation und Möglichkeiten der Erholung und Freizeitgestaltung"
"... Einzelnen und Gruppen zu helfen, den besten Weg zu einer befriedigenden Lösung zu finden, ohne sie zur Konformität zu zwingen, es sei denn, ihr Verhalten und ihr Handeln beeinträchtigen Wohlergehen und Rechte anderer - asoziales Verhalten und Handeln können von der Sozialarbeit nicht unterstützt werden"
"... ein erfüllteres und befriedigenderes Leben aufzubauen"
"... allen Bürgern einen angemessenen Lebensstandard, soziale Sicherheit und die Befriedigung des allgemeinmenschlichen Bedürfnisses nach Liebe, Akzeptiertwerden, Anerkennung und sozialem Status zu sichern"

Bedarf es noch weiterer Zitate?
Ich glaube nicht.
Die Nennung dieser Ziele im Zusammenhang meiner Arbeit enthüllt die Sozialarbeit von selbst als das was sie ist: als Anpassungsinstrument psychisch Geschädigter an die Gesellschaft, als Hilfe, nicht tief genug internalisierte Normen und Rollenerwartungen zu verstärken, Rollen einzuüben.
Der grundlegende gesellschaftliche Widerspruch der Trennung der Produzenten vom Produkt, die Erniedrigung der Masse zu Lohnsklaven, der verfremdete von außen aufgezwungene Leistungsdruck in der Arbeit, die Abschöpfung des gesellschaftlichen Surplus von einigen Kapitalisten, all das wird nicht angesprochen, auf all diese Punkte werden die Krankheiten, die Mängel in der Bildung, der Ausbildung, die psychischen Zusammenbrüche, die unverhältnismäßig starke Zunahme von Herzkrankheiten, Gefäßerkrankungen, und vieles andere mehr, nicht zurückgeführt. Es werden Erscheinungsbilder der Leiden angefertigt, aber es wird nicht nach dem 'Dahinter' gefragt. Es werden heute Krankenhäuser, Kindergärten, Jugendheime und andere soziale Einrichtungen errichtet, um Zivilisationsschäden zu beheben. Ihre Größe hätte vorgestern noch ausgereicht, für 'morgen' aber wird nicht geplant.
Und schon gar nicht gibt es Forschungs- und Planungszentren, die sich mit den wahren Ursachen befassen, die die Gesellschaft darüber aufklären.
Stattdessen verhilft die Sozialarbeit zu einem 'angemessenem' Lebensstandard, wobei zu fragen wäre, ob das Kriterium 'angemessen' hier vielleicht schichtenspezifisch zu verstehen ist, zu einem gesicherten 'sozialen Status' zu einem 'klassenlosen' Gesamtwohl, womit die Sozialarbeit einmal die Tatsache der Klassengesellschaft expressis

verbis verleugnet, zum anderen sich als Ideologieträger des Staates erweist, indem sie den Wohlfahrtsstaatsgedanken proklamiert und in ihm auftretende Störungen unter den Demokratiegedanken subsumiert. Zwar tritt diese Sozialarbeit dafür ein ' soziale und wirtschaftliche Situationen aufzulösen, die zu Krankheit, psychischen Leiden, Frustrationen und asozialem Verhalten führen', aber nicht dort, wo dieses nur möglich wäre, nämlich auf der Produktionsebene, sondern dort, wo es für das Großkapital, die Oligopole, nicht mehr gefährlich ist, auf der Distributionsebene.
Auf der Distributionsebene, die den Pluralismus zuläßt, der in der Produktionssphäre systemgefährdend wäre, aber feilschen die Sozialbehörden - selbst durch und durch bürokratisiert - mit anderen bürokratisierten Gruppen um entsprechende Teile des Sozialprodukts , wobei feilschen hier vielleicht falsche Hoffnungen erweckt, denn Forderungen und Entscheidungen richten sich an den "Rentabilitätskriterien des Profitmechanismus", an dem 'Gemeindewohl' aus.

So gesehen kann die Sozialarbeit als Instrument eines technokratischen Abwehrsystems gegen systemgefährdende, in Frage stellende, non-konforme Verhaltensweisen bezeichnet werden, demgemäß zielen dann ihre Hilfsmaßnahmen auf: Ich-Stützung, Ich-Stärkung, um Berufsrollen adäquat ausüben zu können, auf Aus- und Fortbildung, auf Verbesserung des sozialen Status, auf Rehabilitation und auf Resozialisierung, d.h. Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess als Lohnarbeiter und Konsument.

Obwohl der Sozialarbeit durch ihre Inter-Disziplinarität die wissenschaftlichen Mittel in die Hand gegeben werden könnten, um die psychischen Defekte auf die sie bedingenden sozialen Ungleichheiten zurückführen zu können und um analytische Systemkritik zu üben, wird sie dann doch zum Vollzugsorgan des kapitalistischen Staates und damit der vermachteten Wirtschaft, weil einmal die Praxis der Sozialarbeit durch und durch bürokratisiert ist, die 'Spitzen' der Sozialadministration gleichzeitig politische Ämter innehaben, der Einzelne als praktizierender Sozialarbeiter den sich verselbständigten Apparat nicht mehr beeinflussen kann, weil zum anderen in den Ausbildungsinstitutionen zwar z.T. fächerintegrativ gelehrt wird, die Ausbildung sich aber zumeist auf Methoden und das Erlernen von verwendbaren facts beschränkt, statt ein analytisches Denken anzustreben, durch projektorientierte Ausbildungsinhalte dieses zu üben und Notwendigkeit, Möglichkeit, Organisation und Methodik zur Veränderung der Grundbedingungen des Monopolkapitalismus nicht nur resignativ anzudiskutieren, sondern sie zu theoretisieren und durch gleichzeitige Praxis zu verifizieren bzw. falsifizieren.
Sozialarbeit im kapitalistischen System, die sich nicht

als anti-kapitalistische versteht, um als solche hauptsächlich die Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung als ihren Inhalt zu definieren, wobei die Gegenstände, mit denen die Sozialarbeit - speziell die Einzelfallhilfe - es zu tun hat, nämlich die psychischen Verkrüppelungen einzelner Menschen exemplarisch als Spiegel des inhumanen unsozialen Systems aufgefaßt und als Ausgangspunkt aufklärerischer sozialer Lernprozesse gesetzt werden, eine Sozialarbeit, die nicht berücksichtigt, daß "der kapitalistische Produktionsprozeß, im Zusammenhang betrachtet oder als Reproduktionsprozeß, ... also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, (sondern) ... das Kapitalverhältnis selbst produziert und reproduziert, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der anderen den Lohnarbeiter", eine solche Sozialarbeit, die für sich diese Analyse nicht betrieben und keine Konsequenzen daraus gezogen hat, muß notwendigerweise zum Stützungsorgan, zum Anpassungsinstrument für das immanent Ungleichheiten schaffende kapitalistische System herabsinken.

Wo diese Gefahr - bloßes Instrument im Dienste der Herrschenden zu sein - zwar erkannt worden ist, aber der notwendige Schritt zur Ideologiekritik des kapitalistischen Systems nicht vollzogen wird, sondern wo die Sozialarbeit in einen "ideologiefreien" (Melzer) wertfreien Raum hinüber gerettet werden soll, wird übersehen, daß gerade rationales, wertfreies, wissenschaftliches Arbeiten, das seinen Ausgangspunkt nimmt bei der Rationalität des Systems, ohne dessen irrationalen Kern zu berühren, sich hat manipulativ in einen dem Großkapital ungefährlichen, von ihm gewünschten technokratischen Raum drängen lassen. Damit aber unterstützt diese sogenannte 'ideologiefreie' Sozialarbeit nicht minder die bestehenden Herrschaftsverhältnisse als eine sie offen unterstützende Sozialarbeit es tut.

Diese 'ideologiefreie und wissenschaftsorientierte' (Melzer) Sozialarbeit, die nicht an den mit ihr konfrontierten individuellen Versagenserlebnissen exemplarisch die irrationale Teilung von Kapital und Arbeit aufzeigt, sich ihre Aufgabe dann auch nur "in der Vermittlung und Gestaltung sozialer Lernprozesse ... die dem Einzelnen, Familien und Gruppen helfen sollen, in ihrer Gesellschaft in einer Weise zu funktionieren, die sie zum Ertragen und zum Nutzen von Frustrationen und Konflikten befähigt". Ausgehend von dem Postulat, soziale Schwierigkeiten seien jedem Gesellschaftssystem immanent, versucht diese Sozialarbeit nicht als ihr oberstes Ziel, die Gesellschaft zu ändern, sondern beschränkt sich auf situative, d.h. technokratische Veränderung der Konfliktsituationen, um ein reibungsloses Funktionieren zu erreichen, um die Frustrationstoleranz zu erhöhen.

Dieser funktionalen Auffassung von Sozialarbeit im

allgemeinen entsprechen dann auch viele Definitionen des social casework, von denen ich nur drei zitieren möchte: Swithun Bowers schreibt: "Social casework ist eine Kunst, bei der die Erkenntnis der Wissenschaften über die menschlichen Beziehungen und die Geschultheit im Handhaben von Beziehungen eingesetzt werden, um im Individuum Fähigkeiten zu mobilisieren und außerdem in der Gemeinschaft Hilfsquellen zu erschließen, die geeignet sind, eine bessere Anpassung des Klienten an das Ganze oder einen Teil seiner Umgebung herbeizuführen."
Helen Perlman schreibt: "Social casework ist ein Prozeß, der von bestimmten sozialen Institutionen angewandt wird, um dem individuellen Menschen zu helfen, Schwierigkeiten in seinem sozialen Funktionieren besser entgegentreten zu können".
Und Kamphius selbst, dem auch die beiden anderen Zitate entnommen sind, definiert social casework als "eine berufsmäßige Methode, von Sozialarbeitern angewandt, um einem Menschen zu helfen, der in einem der Sektoren seines sozialen Funktionierens der Hilfe bedarf."
Alle drei Definitionen - und die Reihe ließe sich noch beliebig fortsetzen - stellen in den Mittelpunkt des social casework den Menschen, der in seinem sozialen Umfeld funktionsuntüchtig geworden ist, und den es nun anzupassen bzw. besser funktionabel zu machen gilt.
Nirgendwo wird aber davon gesprochen, daß die Aufgabe wäre, primär auf die soziale Umwelt einzuwirken, die den Einzelnen psychisch überstrapaziert, wird davon gesprochen, daß den Individuen Mittel in die Hand gegeben werden sollten, um die Gesellschaft, die sie krank macht, zu verändern, wird davon gesprochen, daß social casework die Methode ist, die anhand von individuellen symptomatischen Spannungen und Konflikten exemplarisch die sozialen Widersprüche aufdecken soll.

Als funktionaler Prozeß - der undialektisch nur die sichtbaren Folgen von verschleierten Ursachen behandelt - aber dient die soziale Einzelfallhilfe insgesamt der Neutralilierung der symptomatischen Folgen ungelöster sozialer Probleme.
So wird dann auch die Beziehung zwischen dem Sozialarbeiter und dem Klienten gesehen als "therapeutische Beziehung" (Melzer), in der das "Bedürfnis des Klienten nach Hilfe und Veränderung seiner Lage im Mittelpunkt steht", in der der Sozialarbeiter aber gleichzeitig eine "öffentliche Rolle" (Melzer) ausübt, deren mit ihr verbundenen Erwartungen er ebenfalls erfüllen muß, d.h. in der der Sozialarbeiter funktionalorientiert arbeitet.
Nicht aber wird diese Beziehung verstanden als politische aufklärerische, in der es darauf ankommt, den Arbeiter in seinem dumpfen "Ungleichheitsbewußtsein" zu bestärken, ihn dessen bewußt zu machen, in der der "dialektische Zusammenhang zwischen geistigen, psychischen und sozialen Elementen der 'condition ouvriere'" zusammen mit dem Kli-

enten diesem bewußt gemacht wird.
In der therapeutischen Beziehung steht per definitionem die persönliche Problematik des Klienten im Mittelpunkt, d.h. aber, daß hier die persönlichen Schwierigkeiten abgehoben, abgetrennt von den ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen einer ganzen Klasse behandelt werden. Das wird auch nicht vermieden durch scheinbare Offenheit, scheinbare Progressivität, wenn z.B. das Lernen des Klienten "nicht gedacht (ist) als eine Anpassung an bestehende Gesellschaftsformen oder als Unterwerfung und bedingungslose Bejahung sozialer Zustände ... (sondern) als ein Vorgang der Einübung der distanzierten und kritischen Beeinflussung".
Unter der Postulierung der 'Ideologiefreiheit', mit dem Ziel des Sozialarbeiters, dem Klienten dann doch zu helfen "in derartigen Rollen und in sozialen Beziehungen besser zu funktionieren", verändert sich so die wertfreie, ideologiefreie Absage an den Zwang zur Anpassung in ein Stück Zucker mit einem Zyankalikern.
Aus diesen Gründen kann der therapeutischen Beziehung eine systemfreundliche Funktion nachgewiesen werden: erstens tritt der Sozialarbeiter dem Klienten von vornherein mit einem von der Individualpsychologie übernommenen negativen Menschenbild entgegen. Denn die bürgerliche Psychologie bezieht bis heute fast alles, was sie zu sagen hat, aus der Ableitung und Generalisierung des kranken Menschen. (s.Kroner)
In dieses Wissen um - das Wissen über Neurosen, Psychosen, weniger auffällige Ich-Schwächen, Anpassungsschwierigkeiten - wird der Klient integriert.
Der Ausdruck der therapeutischen oder "helfenden" (Bang) Beziehung charakterisiert sehr treffend die von vornherein angenommene, fehlerhafte, unvollkommene Person des Klienten. Womit beabsichtigt wird, seine Reaktion auf die kranke Gesellschaft ihm anzulasten, seine Reaktion der Forderung auf Aufhebung der gesellschaftlichen Ungleichheit oder seine unreflektierte sich psychisch darstellende Verweigerung der von außen kommenden Leistungserwartung als a-normal und die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen als normal hinzustellen.

Und so ist es dann auch in der Hauptsache das Ziel, Kurzschlußhandlungen, psychische Krankheiten und soziales Versagen aufzuarbeiten, dem Klienten zu einer positiven Einstellung gegenüber der Umwelt zu verhelfen, ihn an das 'Ganze', das 'Gemeinwohl' zu erinnern und zu binden.
Diese primär negative Ausrichtung aber hält die Sozialarbeit - speziell den Sozialarbeiter in der therapeutischen Beziehung - davon ab, die dahinter liegenden sozioökonomischen Bedingungen zu erfragen - um diese selbst als a-normal zu entlarven - und diese mit den Klienten zusammen aus dem Weg zu räumen.

Im persönlichen Gespräch mit Studenten der Sozialarbeit und praktizierenden Sozialarbeitern wurde mir oft, wenn ich auf das psychologisch kurzsichtige therapeutische Verhalten hinwies, erwidert: 'aber meine Aufgabe ist es doch, meinem Klienten zu helfen, sich selbst zu verstehen, Ich-Stärke zu entwickeln, Realitätssinn zu erwerben. Ich bin ja auch dafür, daß die Gesellschaft geändert werden muß, aber erstens muß ich doch zuerst dem kranken Menschen helfen und zweitens kann ich die Gesellschaft nicht allein verändern und drittens ist das auch nicht mehr meine Aufgabe, sondern die des Klienten'.
Für den es dann meistens zu spät ist, denn in dem Prozeß der sozialarbeiterischen Hilfe, ihm zu einem normalen Funktionieren zu verhelfen, werden ihm alle gesellschaftlichen Normen und Werte oktroyiert, die ihm bis dato fehlten und die ihm zukünftig den Einblick in den Klassencharakter dieser Gesellschaft verwehren.

Damit bin ich beim zweiten Grund, aus dem die Sozialarbeit, so wie sie sich heute versteht, zur Anpassung führt.
Das Problem wird individualisiert, auch wenn der Blick erweitert wird z.B. auf die Familie (Richter), so wird das Problem dennoch auch dort individualisiert, indem das Individuum mit all seinen Rechten, Interessen und Bedürfnissen gegenüber der Gesellschaft für vorrangig gehalten wird. Auch wenn der Familienrahmen mit einbezogen wird in die therapeutische Beziehung, so ist trotzdem auch dort das Individuum die letzte Analyseeinheit, der eigentliche Hilfegegenstand.
Daß psychologische Konzepte wie die der Annahme der Aggressivität in jedem Menschen (Freud), des ständigen Konflikts zwischen Libido und Realität, der zugunsten der Libidokontrolle entschieden werden soll, u.a. dem individualistischen Konzept entgegenkommen, liegt auf der Hand.
Damit will ich nicht sagen, daß die Psychologie unbrauchbar für die Sozialarbeit sei, nein, die Sozialarbeit kann nicht ohne die Hilfswissenschaft der Psychologie arbeiten, nur muß der einzelne Sozialarbeiter immer eines gegenwärtig sein: daß die Psychologie, wie sie bisher betrieben wird, mit all ihren Tests, ihren lernpsychologischen Gesetzen den Konstruktionen von Es-Ich-Über-Ich, ihrem Aggressionskonzept u.a. empirisch nicht absehen kann von den Bedingungen der Gesellschaft, in der sie steht, d.h. daß die Sozialarbeit von der Psychologie nur immanente Informationen erhalten wird, daß es aber für den Sozialarbeiter darauf ankommt, die systemimmanenten Informationen auf dem Hintergrund einer dialektischen - materialistischen Systemanalyse auf ihren Wahrheitsgehalt abzuklopfen, um nicht technokratisch zu handeln, sondern den objektiven Interessen der Mehrheit der Gesellschaft, i.e. die Lohnabhängigen, entsprechend.

Ein dritter Grund, der in den beiden ersten schon implizit

enthalten ist, soll der Deutlichkeit halber noch einmal genannt werden,: es ist das sogenannte Ziel der Sozialarbeit 'Hilfe zur Selbsthilfe' zu geben.
Auf dem Hintergrund des genannten psychologischen Ansatzes und der Tatsache, daß die Sozialarbeit sich nicht als klassenbewußte Ideologiekritik versteht, wird hier nur noch einmal mehr die Ideologie des Monopolkapitalismus wiedergegeben, daß nämlich Chancengleichheit bestünde, daß jeder - bei entsprechendem persönlichen Einsatz - alles erreichen könne.
Erst einmal wissen wir,daß der Chancengleichheit das die Herrschaftsverhältnisse widerspiegelnde Klassenbildungswesen (Volksschule - Gymnasium) entgegensteht. Im zweiten soll der Klient zu einem konformeren Rollenverständnis, einem tieferen Selbstverständnis und zu besserer Realitätsbewältigung gebracht werden. Wie aber soll der Klient das anders verstehen, als daß er - nun fit gemacht - in den Konsumkreisel hineinspringt, wenn ihm in der Auseinandersetzung mit dem Sozialarbeiter deutlich gemacht wurde, daß er nicht funktioniert hatte, daß persönliche Schwierigkeiten für sein Versagen verantwortlich gewesen wären.

Zu diesem individualistischen Ansatz in der Sozialarbeit möge folgendes Zitat stellvertretend gelten: "Ich glaube, daß Frau C. auf dem Wege ist, mit allem fertig zu werden, was auf sie zukommt, sowohl im Falle der Rückkehr ihres Mannes wie seines Verbleibens in der Haft. Ich glaube, daß Frau C. eine Menge persönlicher Reserven hat, auf die sie zurückgreifen kann, um die Situation zu meistern; ganz offensichtlich ist sie durch ihre Erlebnisse gereift... Eigentlich ist Frau C. in der Lage vieles .... aus eigener Kraft zu tun, nachdem sie den Krisenpunkt überwunden hat, als sie mit ihren Gefühlen kämpfen mußte und fast bis zur vollkommenen Untätigkeit bedrängt war. Ich glaube, daß Frau C. ... wirklich erfassen kann, was es für sie bedeutet, ohne Anstellung zu verbleiben, ebenso gut wie mit den Realitäten fertig zu werden, die aus der Fortsetzung der Trennung von ihrem Ehemann resultieren können."

<u>Zusammenfassung in Thesen</u>

1. Indem die Sozialarbeit in den Mittelpunkt ihres Zieles den Einzelnen stellt, den zugrundeliegenden sozialen Konflikten also individualisiert, wirkt sie systemstabilisierend.
2. Die Sozialarbeit kritisiert nicht die Produktionsbasis, sondern höchstens - als bürokratisches System - die Verteilung des Sozialprodukts. Damit aber kann sie die zugrundeliegenden Ungleichheiten nicht aufdecken.
3. Eine ideologiefreie, wertfreie, wissenschaftsorientierte Sozialarbeit trägt zur Stabilisierung des Systems bei, daß sie sich nicht mit der Ideologie des jetzt und hier herrschenden Systems auseinandersetzt und übersieht, daß ihr von den Wissenschaften nur immanente Informationen geliefert werden.
4. Am methodischen Beispiel der sozialen Einzelfallhilfe zeigt sich, daß die Sozialarbeit nur funktional orientiert ist und die symptomatischen Folgen ungelöster sozialer Probleme nur neutralisieren kann.
5. Die therapeutische Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Klient ist geprägt durch psychologistisches und individualistisches Arbeiten. In ihr soll dem Klienten zu einem besseren Funktionieren verholfen werden.

Die Sozialarbeiter

Was haben sie für eine Funktion?

Was haben sie selbst für ein Problem?

Eine Sozialarbeiterin hat ein Einkommen und kann sich nicht in der Obdachlosensiedlung zurecht finden. Sozialarbeiter wissen überhaupt nicht, in welcher Stellung sie stehen. Der Druck von oben zerstört das Verhältnis zwischen Obdachlosen und Fürsorgerin.

Wo steht der Sozialarbeiter?

Bei der Stadt als Beruhigungsmittel!

Bei den Betroffenen als Stadtverwaltung!

Sie sehen sich selber als hilflose Geschöpfe.

(Verfaßt von einer ehemals Obdachlosen, die 15 Jahre in Notunterkünften gewohnt hat)

Soziopsychische Situation der Sozialarbeiter

1. Sozialarbeiter kommen zum größten Teil aus klein- und mittelbürgerlichen Schichten.

2. Sie reproduzieren in der Regel kleinbürgerliche Werte: Eigentum als höchstes Gut, das geschützt werden muß; Konkurrenz, besser sein als der Nachbar. Leistungsdenken.

3. "Schuld" wird als Grund für Obdachlosigkeit, Kriminalität usw. angesehen. Der Wille der Betroffenen, aus ihrer Lage herauszukommen, soll geweckt werden.

4. Der Sozialarbeiter hilft einzelnen und dadurch der kapitalistischen Struktur. Wenn man einzelnen hilft ("soziales Aspirin"), hilft man der Struktur, weil der Status quo nicht verändert wird.

5. Rehabilitation in bürgerliches Wohlverhalten hinein soll dafür sorgen, daß kleinbürgerliche Werte übernommen werden und daß die Betroffenen keine Möglichkeit haben, eigene Führer, eigene Hilfsmittel, eigene Organisationen zu produzieren.

6. Sozialarbeiter lernen meist in der Ausbildung, daß sie den Betroffenen zu helfen haben, d.h. die Motivation zum Beruf ist entweder caritativ oder wird nicht klar diskutiert.

7. Das führt dazu, daß sie mit ihrer beruflichen Identität Schwierigkeiten haben. Zwar ist "Sozialarbeit" vom offiziellen Berufsbild und von den Tätigkeitsmerkmalen her relativ klar beschrieben. Die Beschreibung wird aber immer von Institutionen geliefert und ist deshalb immer im Sinne der Institution, niemals im Sinne der Betroffenen.

8. Bisher ist die Frage unbeantwortet, welche Rolle die Betroffenen, die in der Regel Proletarier sind, dem Sozialarbeiter zuweisen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.

9. Wer sich als kritischer Sozialarbeiter versteht, befindet sich in einem permanenten Rollenkonflikt:
   - Als Vertreter der Institution muß er behördliche Maßnahmen durchführen.
   - Andererseits möchte er sich mit den Betroffenen solidarisieren.

Bei behördlichen Sozialarbeitern muß die Entscheidung immer zugunsten der Institution ausfallen. In dieser Lage helfen sich manche Sozialarbeiter damit, daß sie versuchen, innerhalb der Behörde zu reformieren. Unversehens sind sie dann mit über 50 % ihrer Zeit mit Reformideen, Intrigen und dem entsprechenden Ärger in der Institution verwickelt. Da sich aber Institutionen im kapitalistischen Staat nicht ändern lassen, endet der Reformer als Zyniker, Versager oder resignierter Technokrat. Also wird er untauglich zur Arbeit mit dem Proletariat. Die einzige Art, in Institutionen zu überleben, ist die Arbeit in Gruppen von Gleichgesinnten, günstigenfalls in der Institution, zumindest aber im Stadtteil, sowie Kontakte zu Hochschul- und Fachschulgruppen. Es muß der weitverbreiteten Vorstellung entgegengewirkt werden, daß ein Sozialarbeiter - wie gut auch immer geschult - auf sich gestellt, sozialistische Praxis verwirklichen kann.

Ein nicht zu unterschätzendes Handicap für gute Praxis ist die pseudowissenschaftliche Ausbildung an Fachhochschulen, die dem Wunsch vieler Sozialarbeiter, zu den Intellektuellen zu zählen, entgegenkommt, und sich in ihrer Redeweise niederschlägt; diese unterscheidet sich von der Sprache des Proletariats immer mehr. Auf diese Weise versuchen die Sozialarbeiter ihre Scham über ihre oft "niedere Herkunft" zu kompensieren. Die kleinbürgerliche Linke an den Universitäten fördert diesen Prozeß noch. In diesem Zusammenhang kann man von einer verschleierten Aufsteigermentalität sprechen.

Dazu kommt, daß die psycho-sozialen Techniken, die Sozialarbeitern an Fachhochschulen vermittelt werden und die dazu dienen sollen, unangepaßte Verhaltensweisen zu korrigieren, die Tendenz zur Anpassung an die bürgerliche Mittelschicht haben. Da bisher psycho-soziale Techniken mit sozialistischen Ansätzen kaum vorhanden sind, müssen zur Zeit selbst sozialistische Sozialarbeiter mit unzulänglichen oder unbrauchbaren "Werkzeugen" arbeiten. Nur ganz mühsam werden hier und da neue Methoden nichtkapitalistischer Sozialarbeit entwickelt.

Schlaglichter zur Herkunft der "Fürsorge"jugendlichen

14 Mill. bundesdeutsche Familien verfügen über weniger als DM 600,00 im Monat.
2,6 Mill. davon über weniger als DM 300,00 im Monat.

- Die meisten der kriminell gewordenen Kinder und Jugendlichen stammen aus solchen Haushalten. (konkret Nr. 13, 72)

- Erziehungsheime sind zum größten Teil mit Kindern aus solchen Familien gefüllt; Kinder aus reichen Familien, die von ihren Eltern nicht erzogen werden können, kommen in Internate

- Zufall?

- Trunkenheit, Abhängigkeit von Fürsorgeeinrichtungen, Mangel an Familienzusammenhalt, prügelnde Eltern, unsystematisches Denken, Unfähigkeit zur Kooperation, überwiegend Strafe als Erziehungsmittel, Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern, Schulschwächen u.a. sind erwiesen in Familien von deliquent gewordenen Jugendlichen und fast durchweg gehören diese Familien der Unterschicht an

- und fast durchweg sind die Kinder in diesen Familien auf sich allein angewiesen, weil entweder die Mutter - wenn sie zu Hause ist - nicht selbständig erziehen, d.h. verantwortlich handeln kann, oder aber die Mutter mitarbeiten muß oder die Familien unvollständig sind (Trennung, Scheidung, Krankheit, Einsitzen, Tod), sodaß dadurch die Chancen, Normen und Rollen zu vermitteln, noch weiter sinken

- die Verwahrlosungserscheinungen werden von der Öffentlichkeit als dissoziale Verhaltensweisen eingestuft und mit Heimerziehung, Gefängnis beantwortet

- die schichtenspezifische Herkunft der Fürsorgejugendlichen wird dann abgetan mit einem sarkastischen Salto in die Humanität: man soll doch bloß nicht das Materielle so überbewerten
und während man Tausende "zur Besinnung" in die Gefängnisse sperrt, weil sie das Materielle überbewertet haben und sich das, was sie durch Arbeit ihr Leben lang nicht

erreichen können, einfach so nahmen - läßt man Horten, Goergen und Co.laufen

- Zufall?

- daß die (geschätzte) Mehrwertrate in der westd. Industrie 1969 387 % betrug (oder der Arbeiter von 8 Std. 6 davon für den Kapitalisten schuftete)

- Zufall?

- daß der durchschnittliche Bruttostundenlohn 1969 nur 5,29 DM betrug - der Multimillionär und Hauptaktionär der Daimler Benz AG - Herr Friedrich Flick (+) - 1969 allein aus seinem Kapitalanteil bei Daimler einen Verdienst von 107 Mill. DM kassiert hat, das ist umgerechnet auf die Stundenzahl eines Arbeiters ein Stundenlohn von 62.390,00 DM

- Zufall?

- daß Arbeiter sich um Überstunden reißen und dabei jeder der Konkurrent des anderen ist

- daß von 1966 - 68 die Netto-Profite der 100 größten AG's um 45,7 %, die Netto-Löhne und Gehälter im gleichen Zeitraum aber nur um 3,1 % stiegen

- daß den Berufsgenossenschaften jährlich rund 2,5 Mill. Arbeitsunfälle gemeldet werden

- Schichtarbeit, Stechuhr

- Rationalisierung, Einsparung, zunehmend mehr arbeitslose Arbeitswillige und -fähige über 45 Jahren

- zunehmender Ruin von Kleinbetrieben, des Handwerks

- (Obdachlosenasyle, "Schlichtwohnungen", Kasernen)

- 60 % der Kinder von Obdachlosen in Sonderschulen

- zunehmende Frauenarbeit bei geringerem Lohn bei gleicher Arbeit wie die Männer (rund 1/3 niedriger)

- Akkordarbeit, Prämiensysteme,

- Notstandsgesetze gegen politische Streiks

- daß weniger als 2 % der Bundesbürger 35 % des Privat- und 70 % des Produktivvermögens ihr Eigen nennen - das alles ist kein Zufall mehr, das hat mit Chancengleichheit nichts zu tun, da ist die Kennzeichnung besonders auffälliger Gruppen als Unterschicht und Randgruppen nur

noch für den methodischen Ansatz zu ihrer Politisierung nötig, denn diese Probleme sind dem spätkapitalistischen System inhärent und sind Klassenfragen.

Lit.:
- Autoren Kollektiv Marx-Arbeitsgrp. Historiker "Schulungstext zur Kritik der Politischen Ökonomie"

- Konkret 13/72

- Karl Marx: "Das Kapital" Bd. 1

Einige Thesen zu den Ausführungen über die Herkunft der Fürsorgejugendlichen.

Am krassesten zeigen sich die Grundwidersprüche unserer Gesellschaftsordnung in den sog. Randgruppen.

Wohlfahrtsstaatsideologie sowie die Ersatzbefriedigung durch Konsum verschleiern die ständig fortschreitende Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter.

Dissozial ist, wer sich nicht an den sozialen Normen der Mittelschicht orientiert.

Juristische Normen sind an Kapitalinteressen orientiert.

Chancengleichheit bedeutet: Chancen für die Reichen, Mächtigen, Einflußreichen, aber keine Chancen für die Unterprivilegierten.

Nicht nur Gesetze und Zwang, sondern Sprachbarrieren, nur teilweise oder gar nicht gelungene Anpassung an die Normen der Mittelschicht, schlechtere Schul- und Berufsausbildung u.a. verhindern die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Gesellschaft.

Die soziale Diskriminierung der Arbeiter bzw. der Unterschicht ist bedingt durch ihre Unterprivilegierung auf der Produktionsebene.

So ist die gesellschaftliche Realität nur die äußere Erscheinungsform der zugrundeliegenden ökonomischen Verhältnisse: auf der einen Seite diejenigen, die die Verfügungsgewalt über das Kapital haben, die Kapitalisten, die sich den gesellschaftlich erzeugten Reichtum aneignen, und auf der anderen Seite diejenigen, die gar nichts besitzen außer ihrer Arbeitskraft, die sie gezwungen sind zu verkaufen, die nicht am Mehrwert teilhaben dürfen, die aus ihrer ökonomischen Abhängigkeit heraus nicht die Möglichkeit haben, gesellschaftliche Prozesse zu durchschauen bzw. zu beeinflussen.

Konkretionen zum Aufbau eines Jugendwohnkollektivs

Vorbemerkungen

Dieser Artikel ist für den "Praktiker" geschrieben. Ganz konkret geht er auf so wichtige Fragen wie Trägerschaft, Finanzierung, Mitglieder im Jugendwohnkollektiv, bauliche und Standortbedingungen und ihre Auswirkungen, Umweltkontakte, Kollektivberater usw. ein. Allerdings können hier keine Patentrezepte vermittelt werden. Es wird nur versucht, die Erfahrungen der bisher bestehenden Kollektive zusammenzufassen und zu verallgemeinern. So können sich situationsbedingt beim Aufbau eines neuen Kollektivs auch andere Entwicklungen zeigen wenn auch die Entwicklungstendenzen bisher allgemein in die in diesem Artikel aufgezeigte Richtung gehen. Dieser Artikel ist allerdings vor der Zerschlagung des Essener Kollektivs geschrieben worden (vgl. Dokumentation), die wohl eine neue Stufe der Eskalation gegen fortschrittliche Projekte im sozialen Bereich darstellt. Außerdem ist auch nicht auf die Erfahrungen des Georg-von-Rauch-Hauses eingegangen worden. Dieses "Projekt" unterscheidet sich durch die mit einer breiten Massenmobilisierung verbundene Initiierung von der "betroffenen Basis" in wesentlichen Punkten von den bisherigen Projekten und sollte in diesem Info an anderer Stelle ausführlich behandelt werden.

Zur Trägerschaft

Da in den Anfängen Jugendwohnkollektive im Zuge der Randgruppenstrategie meist von politischen Trägergruppen (APO) initiiert wurden, ist mit Unterstützung der Jugendwohnkollektive (Jk) nur zu rechnen, wenn sich die Initiatoren als "honorige" Träger ausweisen können. So mußte z.B. ein Münchener Jk erst nachweisen, daß die Mitglieder keine "verkappten Maoisten" waren.
Aber auch dann bleibt die Unterstützung zuerst meist nur ideell. Es empfiehlt sich deshalb, einen eingetragenen Verein zu gründen, der einem Spitzenverband der deutschen Wohlfahrtspflege - in NRW sind gute Erfahrungen mit dem DPWV gemacht worden - anschließt und der eine relativ große Autonomie sichert.
Dieser Verein sollte außerdem möglichst schnell versuchen, den Status der Gemeinnützigkeit zu erreichen.

Dieser Verein, der als Träger fungiert, hat die verantwortliche Leitung und Vertretung der Durchführung der öffentlichen Erziehung im Jk nach außen inne. Er ist zuständig für finanzielle Regelungen, Einstellung und Entlassung des Personals.
Der Träger ist - und sollte es auch sein - zur Hauptseite juristischer Träger. Gut sind für solch einen Verein immer einige liberale oder progressive Renommiertheologen oder -intellektuelle. Weiter empfiehlt sich die Berufung eines pädagogischen Beirats, in den einige "wissenschaftliche Mitarbeiter" aufgenommen werden sollten. Dieser Beirat darf allerdings nur beratende Funktion haben, d.h. in pädagogischer und psychologischer Hinsicht Hilfe leisten.
Ein neues Projekt sollte in der Regel anfangs von einer ziemlich kleinen Kerngruppe geplant werden, die später dann einige "Fachleute" zur Hilfe ziehen sollte. (Wir sind gern zu solchen Hilfestellungen bereit.) Doch sollte man diese "Fachleute" nicht zu intensiv mit dem Projekt verbinden, da sonst die Gefahr groß ist, daß sich zwischen Träger und pädagogischem Personal eine Arbeitgeber-Arbeitnehmerposition mit allen sich daraus ergebenen Konsequenzen entwickelt.
So ist es am besten, wenn zwar offiziell ein Verein als Träger fungiert, der Träger im Grunde genommen aber nur eine Projektgruppe bildet, in die auch das pädagogische Personal integriert ist.
Es sind also folgende Gremien notwendig: ein gemeinnütziger Verein mit Vorstand, eine Mitgliederversammlung und ein wissenschaftlicher Beirat.

Zur Finanzierung

Die größten Finanzierungsschwierigkeiten ergeben sich bei der Erstausstattung und Einrichtung eines Jk, da hier oft umfangreiche Eigenmittel aufgebracht bzw. vorgeschossen werden müssen, da in der Vorbereitungs- und Anlaufzeit eine Kostendeckung durch Pflegesätze nicht erreicht werden kann und da durch die noch nicht voll erreichte Ausbaustufe des Kollektivs die Kosten pro Jugendlicher besonders hoch sind.
Zwar werden die anfallenden Selbstkosten zu einem großen Teil nachträglich vom LJA ersetzt, doch müssen die dabei entstehenden immensen Verzögerungen - die auch bei der Zahlung der normalen Pflegesätze gang und gäbe sind - als bewußte Repressionen verstanden werden.
Es empfiehlt sich zur Vorfinanzierung dringend das Anstreben der Gemeinnützigkeit des Vereins, da dadurch die besten Möglichkeiten gegeben sind, durch Spenden an Geld zu gelangen. (Antrag auf Aufnahme in die Bußgeldkartei beim OLG, Spenden von Klassenlotterien, Sparkassen, grossen Industrieunternehmen und Kaufhauskonzernen, Spendenaufrufe an liberale Organisationen und Personen.) Auch

Asten und Fachschaften sind oft bereit, Geld vorzustrecken!
Die Finanzierung sollte sonst grundsätzlich pauschal über Pflegesätze bzw. Tagessätze der Jugendlichen erfolgen: Für Jugendliche, die der FE oder FEH unterstehen, durch das LJA, für andere Jugendliche durch das örtliche JA. Folgende Kosten sollte das LJA übernehmen: Personal- und Verwaltungskosten, Mietausfall, Versicherungen, Honorare für Supervision und Einzelfallhilfe, Nachhilfe... Bei der Verhandlung über die Höhe der Pflegesätze sollte man sich vorher an die bestehenden Kollektive wenden, da die LJÄter hier ziemlich willkürlich verfahren und die Pflegesätze bei den einzelnen Jk sehr stark differieren. Es tauchen vor allen Dingen immer wieder Repressionen finanzieller Art auf.
Weiter fördert das LJA gewisse Mitsprache bei der Aufnahme neuer Jugendlicher.
Die Jugendlichen, die arbeiten, müssen einen Anteil ihres Lohns bzw. Lehrgeldes ans LJA abgeben. Die in dieser Hinsicht bestehenden Bestimmungen bieten kaum einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme und fordern so bei einigen Jugendlichen ein "Rentnerdasein".

Zur Frage der Kollektivmitglieder

Als geeigneter Personenkreis hat sich eine Mitgliederzahl von ca. 5 Jugendlichen ergeben. Wenn eine größere Anzahl aufgenommen werden soll, empfiehlt es sich langsam aufzubauen, d.h. es muß erst eine Kerngruppe vorhanden sein, die sich einigermaßen gefestigt hat, bevor das Kollektiv vergrößert wird. Man sollte sich nicht durch die Notsituation einzelner Trebegänger unter Druck setzen lassen.
Die Jugendlichen sollten zwischen 15 und 19 Jahren alt sein, wobei 16 als das ideale Eintrittsalter erscheint.
Die meisten Kollektive sind reine Jungenkollektive; es gibt allerdings auch Mädchenkollektive. In Berlin sind Erfahrungen mit einem koedukativen Kollektiv gemacht worden, einer Möglichkeit, die allerdings z.B. von den LJÄtern in NRW blockiert wird. In diesem Berliner Kollektiv (2 Mädchen - 5 Jungen) ergaben sich Probleme weniger im sexuellen Bereich als aus der Schwierigkeit sich von den traditionellen Rollenmustern zu lösen; es bestand z.B. die Gefahr der Ausnutzung der Mädchen für häusliche Arbeiten.
Es hat sich als sinnvoll erwiesen, bestimmte Aufnahmekriterien zu handhaben. Zwar sind wir der Meinung, daß ca. 2/3 aller Jugendlichen in FE und FEH in Kollektiven untergebracht werden können, daß also die Jk eine echte Alternative zur Heimerziehung darstellen; doch da die Jk im Moment noch Modellcharakter haben, sollte heute unter den Jugendlichen noch eine gewisse Vorauswahl getroffen werden.

1. Die Jugendlichen sollten arbeitsfähig bzw. arbeitswillig sein d.h. zur Schule oder zur Arbeit gehen oder und wenn es möglich ist, in letzter Zeit auch gearbeitet haben;
2. sie sollten nicht über schwere psychische Störungen und Schäden verfügen, da wir keine Psychotherapeuten sind und auch der politische Anspruch unserer Arbeit unter solchen Voraussetzungen fragwürdig wäre;
3. die Jugendlichen sollten, falls möglich, keine zu lange Heimerfahrung haben, d.h. sie sollten gruppenfähig sein, Verbalisierungs- und Artikulierungsfähigkeit besitzen, einen gewissen Toleranzbereich gegenüber Frustrationen und Aggressionen haben, Eigenschaften wie Kooperationsfähigkeit, Initiativbereitschaft, Rücksichtnahme auf andere aufweisen und auch bereit sein, an den Aktivitäten des Kollektivs teilzunehmen;
4. sie sollten aus der Arbeiterklasse stammen;
5. sie sollten selbst den Wunsch haben, in einem Kollektiv zu leben;
6. sie sollten nicht drogenabhängig sein.

Diese Kriterien lassen sich alle allerdings in den wenigsten Fällen realisieren. Zudem wird die ganze Problematik der Jugendlichen aus den Kontaktgesprächen kaum und aus den Akten erst recht nicht ersichtlich. Da ausreichende Informationen über den Werdegang und die augenblickliche Situation fehlen, empfiehlt sich eine vierwöchige Probezeit und eine darauf folgende Aufnahme durch Gruppenbeschluß. Es kommen grundsätzlich nur Jugendliche in Frage, die FE, FEH oder anderen öffentlichen Erziehungsmaßnahmen unterliegen bzw. akut von Heimeinweisung bedroht sind, d.h. dringend eine Unterbringung außerhalb der Familie bedürfen oder auch Jugendliche, die unter Bewährung stehen...
Aufnahmen können auf dem Verwaltungswege, Vorschlag des LJA oder auf Empfehlung des Vereins (entwichene FE-Zöglinge, Trebegänger) erfolgen.

Bauliche Voraussetzungen und Standortbedingungen

Es ist ziemlich schwierig, geeignete Häuser oder Wohnungen zu bekommen. Meist sind dazu gute informelle Kontakte zu politischen Instanzen der Stadt oder zu kirchlichen Kreisen notwendig. Bei Einschaltung eines Maklerbüros kann man mit Unkosten bis zu 500,-- DM rechnen.
So erscheinen dann manchmal Hausbesetzungen schon länger leer stehender Häuser als ein durchaus angemessenes Mittel, die zuständigen Stellen auf die Mangelsituation aufmerksam zu machen. Wenn Häuser zur Verfügung gestellt werden, sind es zumeist Abbruchhäuser, die in den nächsten Jahren im Zuge von Sanierungsmaßnahmen abgerissen werden sollen und die von der Stadt schon aufgekauft worden sind. Der Zustand dieser Häuser ist deshalb oft sehr

miserabel und zumeist muß mit hohen Investitionskosten gerechnet werden. Wie sollten nun die Wohnungen bzw. Häuser geschaffen sein - wobei betont werden muß, daß grundsätzlich Häuser Wohnungen vorzuziehen sind?
Es sollten möglichst mehrere kleine Räume zur Verfügung stehen, so daß jedes Kollektivmitglied anfangs über sein eigenes Zimmer verfügen kann und auch Wohngelegenheiten für das pädagogische Personal vorhanden sind. Außerdem sollten ein Arbeits- und ein Gemeinschaftsraum zur Verfügung stehen; dazu Bad, Toilette.
Gut sind auch immer Speicher- oder Kellerräume für Tischtennis, zum Basteln und auch ein kleiner Büroraum.
Bei der Ersteinrichtung sollte besonders auf eine gute Einrichtung der Küche Wert gelegt werden, um die Kollektivmitglieder weitgehend von überflüssiger Hausarbeit zu entlasten.
Die Einrichtung der meisten Zimmer kann aus Schenkungen und vom Sperrmüll bestritten werden, doch sind meist erhebliche Kosten für Renovierung, Umbau usw. aufzubringen.
Die gemeinsame Renovierung und Einrichtung kann in begrenztem Umfang das Selbstwertgefühl steigern (nach langem Heimaufenthalt sehr wichtig), bei zu starker Beanspruchung können allerdings durch Überforderung in organisatorischen Problemen starke Konflikte auftreten.

Da die meisten Jugendlichen aus der Arbeiterklasse stammen, sind Häuser im gewohnten Milieu - also in reinen Arbeiterwohnbezirken am besten geeignet. Außerdem sollten günstige Verkehrsverbindungen zu den gängigen Arbeitsplätzen und zu den Kommunikationszentren in der City gegeben sein.

Sehr wichtig sind die Kontakte zur Umwelt und die Zusammenarbeit mit den Anwohnern. Anfangs sind die meisten Kollektive Diskriminierungen, abfälligen Blicken, dauernder Beschwerden beim Vermieter, meist wegen Lärms und häufiger Besucher, ausgesetzt.
Diese Konflikte werden meist noch durch das Auftreten von Polizei und Justiz verstärkt, die in jedem Kollektiv einen potentiellen Kriminellenhort sehen. So sind Durchsuchungen der Sitte, des politischen Kommissariats und des Rauschgiftdezernats an der Regel. Während der Bürgerkriegsaktionen gegen die RAF (Bader-Meinhoff-Gruppe) wurden große Aktionen und Polizeieinsätze gegen verschiedene Kollektive vorgenommen. Diese Einsätze bleiben den Anwohnern natürlich nicht verborgen und sind den Kontakten zur Umwelt nicht gerade förderlich.
Dazu noch ein Beispiel aus Frankfurt: Als vom Jk ein Unfallwagen gerufen wurde, weil ein Jugendlicher die Treppe herunter gestürzt war, leitete die Polizei sofort Ermittlungen wegen Gewalttätigkeit und Drogengenuß ein.
In Düsseldorf versuchten Bewohner mit Hilfe der örtlichen CDU-Fraktion, die Errichtung eines Jk in einem klein-

bürgerlichen Bezirk zu verhindern, weil "die Sicherheit von Frauen und Kindern gefährdet" sei und "der Wert der Eigentumswohnungen sinke".
Erst durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Fernsehen, Rundfunk, Rundbriefe, Hearings) konnte der reaktionäre Charakter dieser Fraktionen entlarvt werden.
Man sollte deshalb für die Anwohner immer eine Informationsveranstaltung durchführen, und über die Ziele der Wohngemeinschaft aufklären. Auch gegenüber dem Vermieter muß die pädagogische Konzeption erläutert werden.

Zur Frage und Funktion von Hausordnungen

Zu Anfang erscheint die Erstellung einer Hausordnung bzw. eines Funktionsplanes meist erforderlich. Sie sollte gemeinsam diskutiert und beschlossen werden und sich besonders mit dem Verbot des Handels und Genusses von Rauschmitteln, der Vermeidung übermäßigen Alkoholgenusses, der permanenten Übernachtung von Gästen und entwichenen Zöglingen und auf Gebiete wie Aufräumen, Instandhaltung, Einkaufen und Kochen beziehen.
Diese Hausordnung ist nach längerem Zusammenleben im Kollektiv meist nicht mehr notwendig.

Zum pädagogischen Personal

Für jedes Kollektiv sollten 2 pädagogische Mitarbeiter (Fachkräfte) eingestellt werden. Am besten ein Sozialarbeiter und ein Sozialpädagoge. Weiterhin ist ein teilzeitbeschäftigter Mitarbeiter einzustellen (Kriegsdienstverweigerer, Jahrespraktikant). Empfehlenswert ist auch die Einstellung einer Hauswirtschaftlerin oder Köchin für 2-3 Stunden täglich, die kocht und sich um die Küche kümmert. Manchmal erscheint zur Entlastung des Sozialarbeiters auch noch die Halbtagsbeschäftigung einer Sekretärin gegeben, die gleichzeitig auch für andere Angelegenheiten des Vereins zuständig sein kann.
Die Aufgabenteilung zwischen Sozialpädagoge (Kollektivberater) und Sozialarbeiter sollte etwa wie folgt aussehen, wobei allerdings echte Team-work Grundvoraussetzung bleibt: der Kollektivberater übernimmt zur Hauptseite die Analyse und Interpretation der Gruppenprozesse, die Realisierung des pädagogischen Konzeptes und in Einzelfällen auch therapeutische Aufgaben. Der Sozialarbeiter kümmert sich vorrangig um Arbeitsvermittlung, Kontakte zum Arbeitsplatz, Jugendamt, Eltern, Vormund und um Versorgungsangelegenheiten.

Das pädagogische Personal verfügt über die Aufsichtspflicht, doch wird die Verantwortung z.T. vom Träger übernommen.
Außerdem sollten Kontakte zu psychologischen und psychotherapeutischen Fachkräften vorhanden sein. Der pädagogische Beirat sollte nur beratende Funktion haben.
Die Supervision der pädagogischen Fachkräfte sollte die Projektgruppe bzw. der Träger übernehmen, d.h. besonders die Besprechung der Probleme der Position des Kollektivberaters in der Gruppe und andere Gruppenprobleme.
Wenn dies nicht gegeben ist, d. h. der Berater nicht gleichberechtigt in den Trägerverein integriert ist, ergibt sich sehr leicht die Gefahr eines Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnisses mit den bekannten Konsequenzen.

Verein Soziale Jugendarbeit e.V.

Konzeption für die Einrichtung einer Wohngemeinschaft mit Minderjährigen in öffentlicher Erziehung.

Als Erziehungsziel für die Jugendlichen wird angestrebt, daß sie durch Selbsterfahrung, Selbsterziehung und Selbstorganisation die Ursache ihres Scheiterns in der Familie und Gesellschaft einsehen ,und lernen, ihre Probleme und Konflikte selbst zu lösen.
Dieses Ziel wird nicht in allen Fällen zu erreichen sein. Bei umweltgeschädigten Jugendlichen ist es aber besonders wichtig, ihre eigene Stabilität zu entwickeln. Dazu gehört Entwicklung der Eigentätigkeit und Eigenverantwortung, die Entwicklung der Verantwortung für die Gruppe und die Fähigkeit, in jenen Umweltkonstellationen stabil zu bleiben, in denen sie früher zusammengebrochen sind. Besonders wird zu erstreben sein, daß die Jugendlichen kontinuierlich einer Berufsausbildung oder einer Berufsarbeit nachgehen.

Um das zu erreichen, soll nach den Methoden der Sozialen Gruppenarbeit vorgegangen werden. Diese Methoden beinhalten Initiierung und Kontrolle gruppendynamischer Prozesse. Die entsprechenden soziometrischen Verfahren (Soziogramm, Autosoziogramm) sind dabei anzuwenden. Weiterhin gehören dazu auch Gruppendiskussionen, Soziodramen, Planspiele für Konfliktlösungen und dergleichen mehr.
Da die Ursache, die zur FE/FEH-Massnahme geführt haben, im sozialen Umfeld der Jugendlichen zu suchen sind, genügt es jedoch nicht, einen gruppeninternen Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen. Daher wird angestrebt, ständigen Kontakt mit der Umwelt herzustellen, aus der sie kommen und in der zu leben sie wieder fähig werden müssen. Das soll u.a. erreicht werden durch Kommunikation mit den Jugendlichen des betreffenden Stadtteils, einzelnen Jugendlichen sowie formellen und informellen Gruppen. Durch Training sollen die Kommunikationspartner lernen, über Freizeitkontakte hinaus voneinander zu lernen: die Jugendlichen der Wohngemeinschaft, indem sie erfahren und erfragen, wie die Jugendlichen in der Gegend leben; die Jugendlichen des Stadtteils, indem sie erfahren, wie man in die öffentliche Erziehung kommt und welche Ursachen dazu geführt haben.

Der "Verein Soziale Jugendarbeit e.V.", Essen-Steele ist der Träger der Wohngemeinschaft. Dieser Verein ist dem "Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband" angeschlossen.

Es ist vorgesehen, in einer Gruppe von 8 Jugendlichen zu arbeiten, da erfahrungsgemäß eine Gruppengröße zwischen 6 und 8 Mitgliedern für einen dynamischen Prozeß am funktionsfähigsten ist. Diese Gruppengröße hängt aber von den Räumlichkeiten ab. Zu einem gegebenen Zeitpunkt ist beabsichtigt, eine 2. Wohngemeinschaft zu gründen, die aber räumlich von der 1. Wohngemeinschaft getrennt sein soll.

Von der Aufnahme ausgeschlossen werden Jugendliche, für die FE oder FEH lediglich beantragt ist, da das Landesjugendamt dafür keine Kosten übernimmt.
Es sollen nach Möglichkeit nur schulentlassene Jugendliche aufgenommen werden. Jugendliche mit erheblichen geistigen oder psychischen Mängeln können nicht aufgenommen werden, weil sie eine Therapie benötigen, die die Gruppe nicht ermöglichen kann.

Es sollen nur Jugendliche männlichen Geschlechts aufgenommen werden.

Im Hinblick auf die Senkung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre sollen Jugendliche, die 16 Jahre alt sind, aufgenommen werden. Dieses Alter ist auch aus Gründen der Aufnahme einer Lehre bzw. des Besuches einer Schule günstiger als höhere Altersklassen.

<u>Pädagogisches Personal</u>

a) Sozialarbeiter
Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Kommunikation mit den Jugendlichen, Initiierung von Gruppenprozessen, Abwicklung der Verwaltungsaufgaben, Berichte schreiben, Kontaktaufnahme nach außen: Eltern, Behörden, formelle Gruppen, soziales Umfeld, andere Kollektive, Entwicklung von Konzeptionen zur öffentlichen Erziehung.

b) Kollektivberater
Angestrebt wird, als Kollektivberater ebenfalls einen Sozialarbeiter einzustellen.
Schwerpunkt der Arbeit liegt im besonders engen Kontakt zum Kollektiv. Er kümmert sich ausschließlich um die Angelegenheiten der Gruppe, z.B. gruppendynamische Prozesse, Selbsterfahrung, Selbstorganisation.
Er kümmert sich um die Arbeitsbeschaffung, hält Kontakt zu den Arbeitgebern. Von Verwaltungsarbeiten und

anderen äußeren Aufgaben ist er befreit.

Für den Sozialarbeiter und den Kollektivberater ist Supervision unerläßlich. Die Supervision findet regelmäßig statt und wird vom Verein sichergestellt.

Weiteres Personal sind eine Sekretärin und eine stundenweise beschäftigte Putzfrau bzw. Wirtschafterin, sowie ein Ersatzdienstleistender bzw. ein Praktikant. Der Ersatzdienstleistende arbeitet nach den Grundsätzen für den Dienst von Ersatzdienstleistenden bei anerkannten Einrichtungen.
Die Sekretärin ist für die anfallenden Schreibarbeiten sowie die Buchführung zuständig und nimmt als Protokollführerin an Gesprächen teil.

Pädagogisches Konzept

a) Nach einer direkten Phase bei Start mit neuen Jugendlichen soll diese allmählich durch Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Jugendlichen in Einklang mit dem Kollektivberater und dem Sozialarbeiter abgelöst werden.

b) Für die Sauberkeit in ihren Räumen sind die Jugendlichen selbst verantwortlich.
Das Kochen übernimmt zumindest in der Anfangsphase eine Köchin - stundenweise. Eventuell kann das Kochen bzw. die Gesamtverpflegung zu einem späteren Zeitpunkt von der Gruppe selbst übernommen werden. Einkaufen, Ordnungsarbeiten, wie Küche und andere Räume sauberhalten und andere gemeinsame Arbeiten, sollen von den Jugendlichen selbst organisiert werden.

c) Bedingung für den Aufenthalt in der Wohngemeinschaft ist, daß jeder Jugendliche einer Beschäftigung (Schule, Lehre oder andere Arbeit) nachgeht.
Nach der Aufnahme eines Jugendlichen wird ihm eine Frist von 14 Tagen (im Höchstfall von 4 Wochen) eingeräumt, innerhalb derer er sich einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle oder einen Schulplatz gesucht haben soll.
Ist ein Jugendlicher länger als 14 Tage durch eigenes Verschulden ohne Arbeit (z.B. keine Lust etc.) muß er die Wohngemeinschaft wieder verlassen.

d) Für Jugendliche unter 18 Jahren gelten die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit.

e) Nach Aufnahme des Minderjährigen wird nach einem noch zu vereinbarenden Zeitabstand schriftlich über seine Entwicklung mitgeteilt und es wird nach dieser Beobachtungszeit in Absprache mit dem Landesjugendamt entschieden, ob ein weiterer Verbleib in der Wohngemeinschaft den erzieherischen Bedürfnissen des Jugendlichen und der Gruppe entspricht.

Das Aufenthaltsbestimmungsrecht des Landesjugendamtes wird in jedem Einzelfall voll anerkannt.

Es ist nicht daran gedacht, die Wohngemeinschaft als Kontakt- oder Anlaufstelle für entwichene oder gefährdete Jugendliche zu benutzen.

Es ist vorgesehen, daß in der Wohngemeinschaft anfangs der Ersatzdienstleistende und der Kollektivberater mit den Jugendlichen zusammen wohnen, daß der Sozialarbeiter (der zuständig ist für Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit etc.) nicht in der Wohngemeinschaft lebt, da er dadurch Gruppenprozesse von "Außen" besser übersehen, feststellen, analysieren und initiieren kann. Zudem soll er, um Spannungen aus der Gruppe herauszunehmen, die Sündenbockrolle übernehmen, deren Aufarbeitung und Funktion für die Gruppe dann leichter fällt, als die Sündenbocksituation in einer in sich geschlossenen Gruppe.
Wenn möglich, soll keine Fluktuation in der Gruppe aufkommen, d.h. es soll versucht werden, nach einer Startphase, in der geprüft werden soll, ob die dann in der Wohngemeinschaft lebenden Jugendlichen den Ansprüchen einer Wohngemeinschaft genügen, diese Gruppenzusammensetzung konstant zu halten. Falls das gelingt, sollte es nach gegebener Zeit möglich sein, daß die Gruppe geschlossen die Wohngemeinschaft verlassen kann. Falls es nach Absprache mit dem Landesjugendamt möglich ist, in der Endphase die Gruppe sich allein verwalten und organisieren zu lassen, so sollten dann der Kollektivberater und der Ersatzdienstleistende nicht mehr in die Gruppe integriert sein und sich so weit als möglich aus der Gruppe zurückziehen.

Pädagogisches Ziel

Es soll angestrebt werden, daß die Jugendlichen sich an regelmäßige Arbeit gewöhnen und der Arbeit schließlich auch nachgehen,so daß sie in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Die Jugendlichen sollen zur Selbständigkeit geführt werden, d.h. daß sie alle Dinge, die sie selbst betreffen, selbst regeln (Ämterverkehr, Arbeitssuche, etc.)

Die überwiegend anzutreffende Planlosigkeit in Bezug auf ihre Zukunft soll ersetzt werden durch selbständiges, vorausschauendes Planen.

Kommunikation und Kooperation im Gruppenzusammenhang und "draußen" als Einzelne in ungewohnten Umgebungen sollen gefördert werden.

Am Ende des Aufenthaltes in der Wohngemeinschaft (nach individuell angemessener Zeit) soll die Aufhebung der öffentlichen Erziehung (FE - FEH) erfolgen.
Die Jugendlichen sollen dann so weit sein, daß sie selbständig ihr Leben verantwortlich einteilen, planen und wirtschaftlich sichern können.

Verdeutlichung der Klassenlage der Sozialarbeiter anhand der im Kollektiv gemachten Erfahrungen

Aufgrund der zumeist an bürgerlich-mittelständischen Normen und ökonomischen Bedingungen orientierten Bedürfnissen und Verhaltensweisen der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen (1) müssen diese eine den Bedürfnissen der proletarischen Jugendlichen entgegengesetzte Haltung einnehmen.

Am deutlichsten sichtbar wird es, wenn Sozialarbeiter mit einer kleinen Gruppe von Arbeiterjugendlichen zusammenarbeiten "müssen", und zwar qua "Erziehungsauftrag" staatlicher oder kommunaler Behörden. Das gilt insbesondere für Heimerzieher und Kollektivberater, da hier permanent Interessenkollisionen als Klassengegensätze entlarvt werden.

Es kann im folgenden nicht darum gehen, eine detaillierte Analyse, ausgehend vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zu liefern, sondern es sollen nur einige Widersprüche, die sich im Jugendkollektiv krass zeigen, genannt werden. Diese lassen sich generalisierend auf die derzeitigen Arbeitsfelder der Sozialarbeit übertragen.

Kollektivberater gehen als institutionell bezahlte Leute ins Kollektiv, um dort zu arbeiten und Geld zu verdienen, damit sie leben können. Das ergibt sich aus der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Subsistenzmittel nur vermittelt über das Geld zu erwerben sind. Der Kollektivberater erhält das Geld aber nur dann, wenn er seine "pädagogische" Arbeitskraft verkauft. Selbst diese Arbeit ist entfremdet, weil sie nur ein Mittel ist, um die Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Die pädagogische Arbeitskraft wird vom Kapital gekauft, damit sie Voraussetzungen für die Verwertung proletarischer Arbeitskraft schafft. Für den Kollektivberater bedeutet das Arbeit, für die betroffenen Kollektiv-Jugendlichen jedoch bedeutet sie Freizeit. Das Kollektiv ist für die Jugendlichen Wohnung, Lebensbereich, nicht Arbeitsbereich. In diesem Lebensbereich sollen die Voraussetzungen hergestellt werden, damit er seine Arbeitskraft im Produktionsprozeß verwerten lassen kann.

In der Praxis sieht das so aus, daß die Jugendlichen vom Kollektivberater fordern, daß er wie sie zu arbeiten habe

oder verschwinden solle. Der Kollektivberater äußert den Anspruch, Gleicher unter Gleichen zu sein. Beide Einstellungen unterstellen, daß es jetzt und im Kollektiv möglich ist, die gesellschaftlich-ökonomischen Widersprüche aufzuheben. Daß der Widerspruch im Historischen, im Klassengegensatz von Kapital und Lohnarbeit liegt, wird nicht erkannt.

Die nicht mehr im Kollektiv behauptete Gleichheit von Jugendlichen und Beratern läßt die objektiv vorhandene unterschiedliche Stellung von Jugendlichen und Berater außer acht. Der Kollektivberater wird bezahlt und arbeitet dort, weil er ganz gewisse "pädagogische" Fähigkeiten hat, z.B. Konfliktlösungsmuster anzubieten und sie auch durchzusetzen ("einzutrainieren"). Die Jugendlichen sollen ja gerade der gesellschaftlichen Norm entsprechend erzogen werden von jemandem, der diese Norm verkörpert - dem Kollektivberater. Also kann er wohl kaum Gleicher unter Gleichen sein.

Bürgerlich sozialisierte ausgebildete Sozialarbeiter glaubten, daß es sehr gut möglich sei, den Jugendlichen antikapitalistische Praxis und Theorien vermitteln zu können. Teils opponierten diese stark gegen die verbale Politisierung, z.T. übernahmen sie diese Argumentation. Die Folge davon war, daß sie nicht arbeiteten, dafür aber ihr "Rentnerdasein" pseudo-politisch (wie übernommen vom Kollektivberater) rechtfertigten ("wir werden ja sowieso ausgebeutet"). Das war die logische Folge aus der bürgerlich-revolutionären Verbal-Haltung der pädagogischen Mitarbeiter, die zumeist keinen Ausweg sehen, echt politisch zu arbeiten, da sie selbst kaum ihre privilegierte Position gefährden können.

Viele Kollektivberater gingen anfangs davon aus, persönliche Verhaltensstörungen zu heilen und Unterprivilegiertheit zu beheben, um kritische und autonome Entscheidungen treffende Kollektivmitglieder zu erziehen. Durch diese sozialintegrative Zielsetzung übersahen wir, daß proletarischen Jugendlichen Grenzen gesetzt sind, kaum aber den bürgerlich erzogenen und ausgebildeten Sozialarbeitern. Dieses Konzept versagte, Frustrationen und Aggressionen häuften sich. Durch die Vermittlung des Konzepts der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" Schelskys internalisierten wir die These von der positiven Möglichkeit zur sozialen Mobilität, gaben sie weiter an die proletarischen Jugendlichen, indem wir Bildungsangebote machten (Fernsehen, Theater, Kurse). Die Erfahrungen, die die Jugendlichen im Heim, in der Familie, im Betrieb gemacht haben, wurden dazu benutzt, sie vor neuerlichem "Abstieg" zu warnen und ihnen wurde dann der mögliche Aufstieg über Schule/Lehre nahegelegt. Das bürgerliche Aufstiegs- und Konkurrenzverhalten wurde durch die Jugendlichen kopiert und kam zum Ausdruck: "Ich will

auch Sozialarbeiter werden!"

Wenn von den Kollektivberatern der Anspruch gestellt wird, die Jugendlichen durch das Kollektiv in die Arbeiterklasse zu reintegrieren, ihnen Klassenbewußtsein und Klassensolidarität zu vermitteln, tritt darin das falsche Verständnis vom Verhältnis Produktions- und Reproduktionssphäre zutage.

Die Reklassierung kann also nur die gemeinsame Aktion der Jugendlichen sein, die lediglich vom Kollektivberater unterstützt werden kann. Er stellt seine Kenntnisse zur Verfügung, wenn sie in Verhandlungen/Kämpfen mit der Sozialbürokratie als Vertreter des Kapitals gebraucht werden. Weiterhin kann er als "Vermittler" zu politischen Gruppen werden, da er ja die Verhältnisse am Ort, zumindest anfangs, sehr viel besser kennt als die Jugendlichen.

Andererseits muß der Kollektivberater von den proletarischen Jugendlichen lernen. Er muß klar seine privilegierte Stellung erkennen, d.h. auch erkennen, in wessen Dienst er steht. Das bedeutet, daß er in jeder Konfliktsituation mit den Kollektivjugendlichen reflektieren muß: Verhindere ich durch meine (bürgerlich geprägten) Einstellungen, Verhaltensweisen und Machtbefugnisse (qua Erziehungsauftrag!) eine Sozialisation, die die Einzelnen befähigen kann, sich zunächst in ihrer Klasse zu orientieren und in der Folge aktiv an Klassenkämpfen teilzunehmen?

Um zu dieser Einsicht zu gelangen, kann man freilich nicht mehr länger die bürgerlichen liberalistischen Sozialisationstheorien von Unterprivilegiertheit aufrecht erhalten. Ein Beispiel: Fürsorgejugendlichen wird ständig vorgehalten, sie seien nicht kooperationsfähig, zur Solidarisierung untereinander untauglich etc. Können sie im Heim kooperieren, sich solidarisieren? Nein. Von seiten der Institutionen werden die Jugendlichen doch ständig gespalten, um Wohlverhalten zu gewährleisten. Kooperation, nach Vorstellungen der Institutionen, meint: optimale Integration und Arbeitskraftverwertung in der Produktion. Solidarität heißt: im formalen Bereich Übereinstimmung erzielen (auswählen der Fernsehprogramme). Denn sobald z.B. Bewohner der Obdachlosenghettos kollektiv gegen diese Verhältnisse opponieren, versucht die Bourgeoisie, sie mittels ihrer Helfershelfer (Sozialarbeiter, Psychologen, Polizei) zu spalten und zu zerschlagen. (2)

Man muß konzidieren, daß die wenigsten Sozialpädagogen sich ihrer gesellschaftlichen Funktion, nämlich "Klienten" an die bürgerlich-mittelständischen Normen anzupassen, sie dazu zu motivieren, sich der intensiven Ausbeutung

im Produktions- und, was zunehmend wichtiger wird, auch im Reproduktionsbereich willfährig hinzugeben, nicht bewußt sind. Weshalb sie sich dieser Abläufe nicht bewußt sind, soll hier nicht erörtert werden (Information darüber in "Erziehung und Klassenkampf" Nr. 4/71).

Die Erzieher, gleich in welchem Bereich sie tätig sind, müssen sich darüber im klaren sein, mit welchen "Klienten" sie arbeiten, zu welcher Klasse sie gehören, wie sie mit ihnen arbeiten müssen, in welchem Auftrage und für wessen Interesse sie arbeiten. Die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit verschärfen sich zusehends, was folgendermaßen zum Ausdruck kommt: Zerschlagung der fortschrittlichen politischen Projekte, die von jugendlichen Arbeitern getragen werden (Georg-von-Rauch-Haus in Berlin, Wohnkollektiv Essen). Genossen, die bisher geglaubt haben, daß es auch längerfristig Arbeitsbereiche mit relativ großem Freiraum für politische Arbeit gibt, werden ihre Meinung ändern müssen und den verschärften Kampf in ihrem konkreten "sozialen" Arbeitsfeld gegen die Bourgeoisie aufnehmen müssen. Bündnispartner sind primär diejenigen, die zu neunzig Prozent die "Klienten" sind: die Arbeiter und unteren Angestellten.

(1) Gefesselte Jugend: Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Autorenkollektiv Edition Suhrkamp Ffm. 1971.
(2) Vgl. Erziehung und Klassenkampf Nr. 7/72 Bericht über die Arbeit in der Obdachlosensiedlung Brelohstraße in Bochum.

DIE

KOLLEKTIV-ZEITUNG

In dieser Ausgabe:

"Erinnerungen"-Haus Eckehardt
VK -Informationen
Gerichtsverhandlung .....
Lebenslauf eines Fürsorgezöglings...
Heimmisere...



Witten den 19.4.72

Protokoll der Ereignisse während meiner Unterbringung im Erziehungsheim ,, Haus Eckehardt"

Etwa Mitte September wurde ich nach 11/2 monatiger Untersuchungshaft in das oa. Erziehungsheim eingewiesen. Dieses geschah auf meinen Wunsch in einem Brief an den Untersuchungsrichter, in dem ich äußerte, ich sei den Verhältnissen der Untersuchungshaft seelisch nicht gewachsen. Bei meiner Einlieferrung wurde mir sofort ein Platz in einem der 8 Häuser und ein Arbeitsplatz zugeteilt. Ich bekam Arbeitskleidung und wurde beauftragt, mich unverzüglich in die Werkhalle zu begeben. Die Arbeit bestand darin für die Fa. Hella Autorücklichter zu nieten. Dieses geschah in Akkord und wurde nach folgendem Punktesystem gewertet:
Das Tagespensum war 1250 STCK. Wurde es erreicht, bekam man 6 Punkte= 60 Pfennig. Für jede,nicht geschafften 50 STCK. wurde 1 Punkt abgezogen. Schaffte man also nur 950 STCK! so hatte man den Tag umsonst gearbeitet. An Taschengeld konnte man erreichen 6.- die Woche.
Die Ausgangsregelung war folgende:
Die ersten 6-8 Wochen grundsätzlich kein Ausgang.
Dann je nach Belieben Des Erziehers 2-4 Wochen Sonntags von 13-16^{00} Uhr.
Hatte man in dieser Zeit alle Vorschriften eingehalten,wurde der Ausgang Sonntags bis 18^{30} bewilligt.
Samstags und Mittwochs Ausgang nur nach einem halben Jahr vorbildlicher Führung und einer Außen-Arbeitsstelle.

Die erste Woche im Heim verlief ohne wesentliche Schwierigkeiten, da ich mich grundsätzlich zurückhaltend verhielt. Diese Passivität mit der ich den unwillkürlichen oder willkürlichen Provokationen von seiten der anderen begegnete, verfehlte ihre Wirkung nicht. Als ich dann noch versuchte, meine Leidensgenossen für meine Ideen zu begeistern, lief das Mass über. Zwei meiner Zimmernachbarn drangen nachts in mein Zimmer(Dreibettzimmer) ein, warfen mich samt meinem Bett aufs Gesicht,unde stellten mir ein voll aufgedrehtes Gasfeuerzeug unter die Füße. Dieses schien sie aber doch nicht so ganz zu befriedigen und so beschlossen sie mir noch mitRasierklingen die Arme und Beine aufzuschneiden, was dann auch mit unheimlicher Kaltblütigkeit getan wurde. Danach verließen sie das Zimmer mit der Begründung, es würde für heute genügen. Auf meine darauffolgende Strafanzeige hat sich bis jetzt noch nicht das geringste getan. Nach einiger Zeit flüchtet ich aus dem Heim und wohne seitdem im Bochumer Kolektiv.

LEBENSLAUF EINES FÜHRSORGEZÖGLINGS

Ich bin 18 Jahre alt und man kann wohl sagen,bis auf zwei Lebensjahre,mein ganzes Leben im Heim.
Von allen Verwanten kenne ich nur meine Mutter,die krank ist.
Was der eigentliche Grund für mein Heimaufenthalt war oder ist, wurde mir nie gesagt.

Ich kann auf 12 Jahre Kinderheim zurückblicken.Ein evangelisches Heim übrigens.In meiner Gruppe waren ca.25-30 Jungen.
2-3 Erzieherinnen hatten uns zu beaufsichtigen,mit uns Schularbeiten zu machen oder eben immer bei uns zu sein.
Bei schlechten schulischen Leistungen,den Noten 5 oder 6 griffen sie zum Bambusstock oder zum Teppichklopfer.

Schläge,Züchtigungen waren an der Tagesordnung.

Mit 14 Jahren kam ich in ein Lehrlingsheim.Hier war ich 2 Jahre.
In diesem Heim bekam ein 16 Jähriger 4,-DM Taschengeld in der Woche.

Von hier aus bin ich dann "auf und davon".
7-8 Monate war ich unterwegs,kam mit Rauschgift in Berührung und wurde gepackt.
Wehrend der U-Haft habe ich 1Woche Dunkelhaft miterlebt.
Nachdem man mich laufen gelassen hat,wurde ich in Hamburg wieder von der Polizei (diesmal im Rausch) geschnappt.

Auf der Davids-Wache wurde ich von Polizeibeamten zusammengeschlagen, weil ich damalige Freunde von mir,die ebenfalls süchtig waren nicht verraten wollte.
Anschließend landete ich in Heidelberg,wo ich mich eine Zeitlang in Kommunen aufhielt.

Hier hat man mich entgültig aufgegriffen und nach Dortmund für 3 Wochen in Untersuchungshaft gesteckt.
Anschließend war ich wieder 2 Monate in einem Lehrlingsheim.Wegen unregelmäßigem Arbeitsbesuch und häufigerem Trinken kam ich in ein Erziehungsheim.
Nachdem ich 3 Monate hier war,bekam ich in der Woche 2 Stunden Ausgang.
Nach 4 Monaten erhöhte sich sich die Stundenzahl auf 4 Stunden in der Woche.
Einmal bin ich 5 Minuten zu spät gekommen.Hierrauf hat man mir sofort die 4Stunden Ausgang für 4 Wochen gesperrt.
Nebenbei mußte ich sogenannte "Sozialarbeit" verrichten. Unter "Sozialarbeit" verstand man hier,Flur,Zimmer,Klosetts usw. putzen.
Einer unserer "Arbeitserzieher" hat mich,wie auch schon andere Kollegen wegen einer Lapalie zusammengeschlagen.

Seine Fäuste schlugen mir ins Gesicht,sein Knie spürte ich in der Magengrube.Blut spritzte mir aus Augen und der Nase.

Beschweren bei der Heimleitung hatte wenig Sinn,der Heimleiter ließ ließ nicht mit sich Reden.
Ist man neu in diesem Hause,so kann man für Privatfirmen Spielzeug, Schürzchen und Eimerchen herstellen.Schon beim 3 Tag hatte man hiervon einen in der Birne.
Trotz der vielen Blasen die man bei dieser Arbeit bekam mußte man weiterarbeiten.

Ein Arbeitstag betrug 9,5 Stunden, von 8.oo bis 17.3o Uhr.
Hierzwischen fielen 2 Zigarettenpausen und 1 Stunde Mittag.

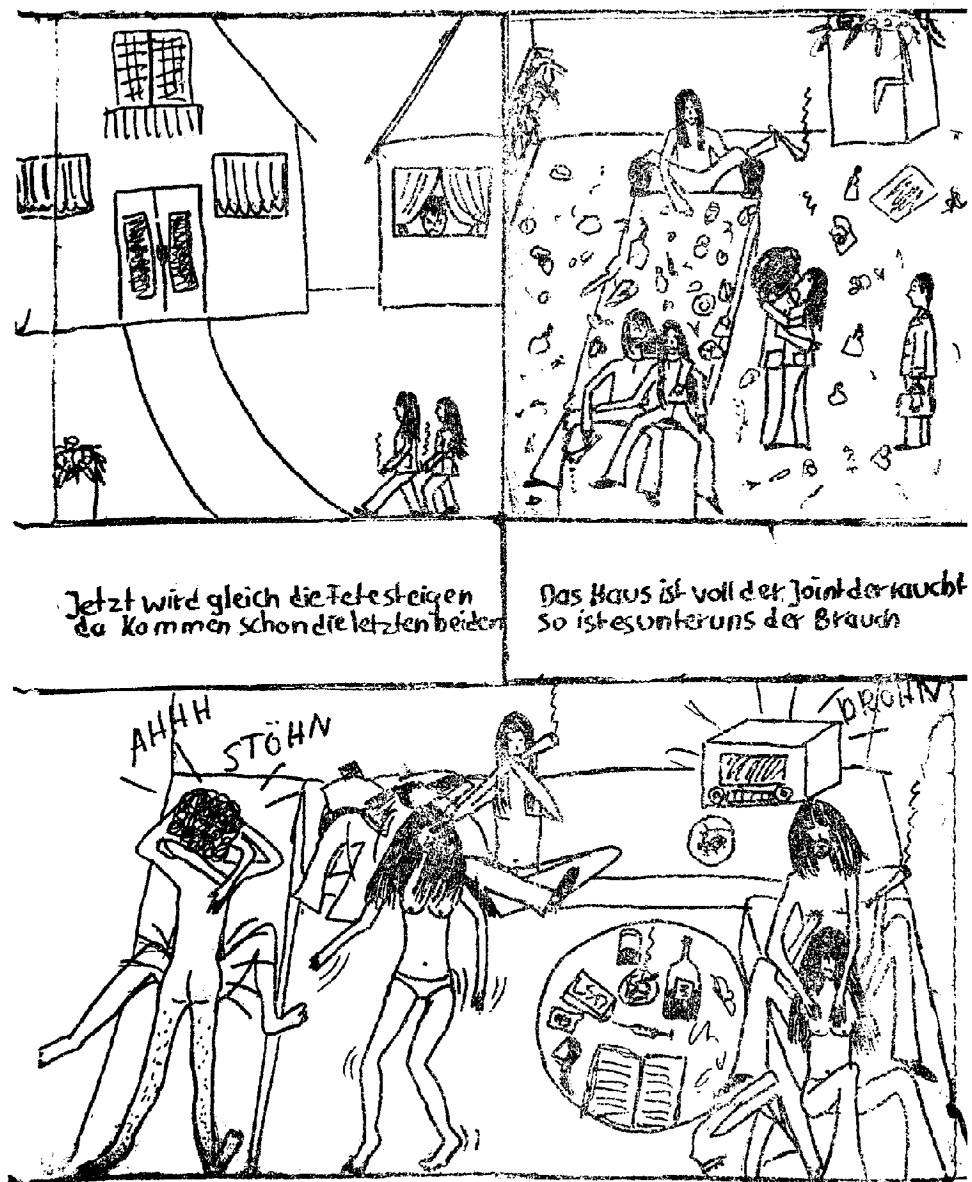
Als wir einen neuen Sportplatz bekamen, mußten einige von uns, 2 Monate lang, 9,5 Stunden pro Tag Maulwürfe kaputtmachen.

Heute bin ich wieder in einem Lehrlingsheim.*

Im Namen und Interesse meiner, noch in den gefängnisähnlichen Gettos Lebenden Kollegen, wie allen in Heimen Lebenden Jugendlichen, rufe ich die Öffentlichkeit, speziell die für eine bessere Zukunft kämpfende~~X~~ Jugendl~~iche~~ dieses Landes auf,

uns zu h e l f e n !

*Aus diesem ist er entwichen und ist nun in einem Gefängnis.



Und sind sie alle vollgepumpt
wird in der Wohnung rumgejumpt.
Alles tanzt und bumst und singt
bis sie alle groggy sind.



" **Zum Beispiel Hauptverhandlung gegen Fürsorgezöglinge** "

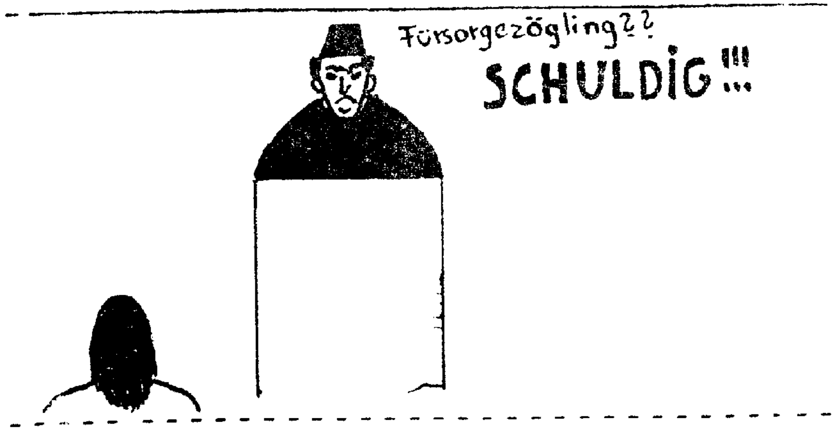
Daß die Justiz nicht neutral ist und im kapitalistischen Staat nicht wertfrei urteilen kann, weiß mittlerweile jeder.
Daß Heimerziehung immer Diskriminierung und Disziplinierung von proletarischen Jugendlichen war und ist, wird auch so langsam jedem klar.
Es ist natürlich schon etwas schwieriger, dahinter zu sehen, wie die Klassenjustiz, die die nichtbürgerlichen den bürgerlichen Angeklagten gegenüber weitaus diskriminierender behandelt, mit den Heimleitern und Erziehern gemeinsame Sache macht. Nicht umsonst sind Hauptverhandlungen vor dem Jugendschöffengericht für die Öffentlichkeit versperrt. Nicht etwa, wie es immer gesagt wird, dort persönliche Probleme des Jugendlichen verhandelt werden, sondern damit die ganz infame Gerichtspraxis bloß nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangt.

Das kann wie folgt aussehen :
Die Jugendlichen kommen in der Regel mit den Heimleitern oder Erziehern zur Verhandlung. Ein Rechtsanwalt kann ja auch nicht von den Jugendlichen bezahlt werden. Oder sogar doch? Von den höchstens 6,- DM in der Woche, die sie kriegen?
Die Erzieher dürfen dann auch während der Verhandlung zur Person des Jugendlichen etwas sagen. Das hört sich dann so an:" Er ist meistens unehrlich", " er nimmt es mit der Ehrlichkeit nicht so genau", " er lügt oft", " er macht kleinere Diebereien" usw.usw.
Nichts wird dann gesagt, daß die Jugendlichen brutal im Heim behandelt werden. Daß sie gezwungen werden zu lügen. Daß sie genötigt sind, zu stehlen, da sie vom Arbeitsverdienst ja doch so gut wie nichts behalten dürfen .... Daß sie unregelmäßig arbeiten gehen. Soll denn ein Jugendlicher etwa gerne arbeiten gehen, wenn er auf einem Bauernhof am Tag 12 Stunden malochen muß und nur einige lumpige Mark behalten darf ??
In einer Verhandlung vor dem Recklinghauser Gericht sagte

unter anderem ein Erzieher, daß der Angeklagte 16-jährige 12 Stunden täglich arbeiten müsse. Daß sind 60 Stunden wöchentlich! Obwohl er lt. Jugendarbeitsschutzgesetz § 10 nur höchstens 44 Std. arbeiten darf, erzählt der Erzieher auch dies noch vor dem Richter! Daß zeigt uns doch klar, daß Fürsorgejugendliche Freiwild sind, die nur noch irgendwo, nämlich in Heimen bzw. in deren angeschlossenen Ausbeutungsbetrieben ganz legal und brutal ausgebeutet werden. Die Klassenjustiz erkennt das zwar, aber sie ist ja dafür da, diese ganzen Vorgänge auch noch zu verschleiern bzw denen einen "draufzugeben, die sich wagen, dagegen anzugehen.
Aber das ist nicht alles, was bei einer solchen Hauptverhandlung ans Licht kommt. Zwei weitere Beispiele :
Einem 17-jährigen Hilfsarbeiter, der in der "Heimstatt"(welch schöner friedlicher Name!" Meckinghofen lebt, wurden in einem Dattelner Betrieb ganz einfach die Haare abgeschnitten. Was geschieht daraufhin? NICHTS! Die Erzieher oder der Heimleiter hielten es nicht nötig, dem Jugendlichen zu raten, zum Rechtsanwalt zu gehen bzw. eine Anzeige zu erstatten.

Auf wessen Seite die Erzieher stehen, , kommt meistens bei einem solchen Gerichtstermin raus. Da werden die Jugendlichen in die Pfanne gehauen, wo es nur geht. Hier können die Säcke ganz legal im Rahmen des Gesetzes ihre Rache üben. Das nennt sich dann auch noch Erzieher !!
Ein weiterer Jugendlicher, 18 Jahre alt, wurde dann so beurteilt: ".....geht seine Verbrecherlaufbahn"!!!! Das wurde von einem Erzieher zitiert.Der Originalausspruch stammt von einem Direktor eines nordrheinwestfälischen Erziehungsheimes, der den betreffenden Jugendlichen aber noch niemals gesehen noch gesprochen hat !!

Ich meine, daß alles Gerede um " Heimreformen" liberales Geschwätz ist. Spätestens bei der " Beurteilung", besser, Verurteilung der Fürsorgejugendlichen erkennt man genau, was letzten Endes mit ihnen geschehen soll: sie sollen total angepaßt werden, sie sollen kaputtgemacht werden, damit sie bloß keine kritischen, verantwortungsbewußten Personen werden, die sich nichts gefallen lassen. Die Parole muß also lauten: erzählt das euren Kollegen im Erziehungsheim! Schließt Euch dort gegen den Terror der Erzieher, die ja auch im Auftrage der Bonzen Euch knuten, zusammen ! Kämpft nicht gegeneinander sondern kämpft miteinander gegen brutale Erzieher und Heimleiter !



AUCH DU KANNST DEN KRIEGSDIENST VERWEIGERN !!

Verweigere den Kriegsdienst !!

Auch DU kannst den Kriegsdienst verweigern!
Jeder Deutsche Staatsbürger hat lt. Artikel 4.3. des Grundgesetzes das Recht den KRIEGSDIENST zu verweigern. In dem Artikel heißt es :

" NIEMAND DARF GEGEN SEIN GEWISSEN MIT DER WAFFE ZUM KRIEGSDIENST GEZWUNGEN WERDEN !

Das gilt ebenso für einen Fürsorgezögling wie für einen Studenten Schüler, Beamten und Professor. Durch die Verhandlung zu kommen, ist für J E D E N möglich. Für einen Arbeiter ist es sogar leichter durch das Verfahren zu kommen als für einen Studenten.
MACH DEN ERSTEN SCHRITT?! INROMIERE DICH!! SCHREIB UNS AN !!
Wir informieren und beraten Dich kostenlos!Mit uns schaffst Du es als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

Kontaktadresse :

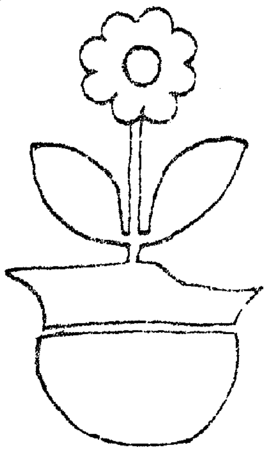
VK Bundesgeschäftsstelle

35 K a s s e l
Wilhelmshöhe 1

VK Gruppe

463 B o c h u m
Lennershofstr. 66

Baracke



H E I M M I S E R E

" Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die freie Entfaltung der Persöhnlichkeit wird also lt. Grundgesetz garantiert. Doch zwischen Theorie und Praxis klafft eine riesengroße Lücke. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft wird gegen diesen Artikel des Grundgesetzes, gegen diese menschliche Selbstverständlichkeit, dauernd verstoßen. Ein solcher Bereich, wo die Anlagen und Fähigkeiten junger Menschen mit voller Absicht abgetötet und zerstört werden, ist die Heimerziehung in der B R D !

Tausende gibt es von solchen Heimen !

Angefangen bei den Säuglingsheimen, Kinderheimen, Jugendheimen über die Lehrlingsheime bis hin zu den gefängnisähnlichen Gettos, den Erziehungsanstalten.
Die genannten Einrichtungen, werden von einem Großteil der "Heimzöglinge" tatsächlich durchlaufen.
Es beginnt im Säuglingsheim und endet im Erziehungsheim bzw. im Gefängnis. Ist das GOTTGEWOLLT! Muß das so sein, oder wer ist daran Schuld??
Es gibt heute Leute, darunter auch Pädagogen, die glauben, Heimbewohner, zumindest ein Großteil wären an ihrem Schicksal selbst Schuld. Hierbei lassen sie die Frage der Ursache außer acht.
Unserer Meinung nach, kann ~~allein~~ allein von einem Selbstverschulden keine Rede sein.
Die Kinder kennen ihre Eltern teilweise nicht, wissen nicht, ob sie Geschwister haben. Sie kommen aus zerrütteten Familienverhältnissen Sie kommen aus der Arbeiterklasse.
Die Ursache liegt an unserem unmenschlichen System.
Wir alle wissen am besten, was dieses System Tag für Tag ausrichtet.
Wir alle sehen es Tag für Tag ! Die Ursache ist der Kapitalismus.
Ein System, wo der Profit über alles geht, selbst über Leichen,
Ein System, wo eine kleine Anzahl von Millionären, über die Massen der Werktätigen herrschen kann?!
Kann solch ein System überhaupt den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden. Viele der Jugendlichen.kommen trotz unseren sogenannten " sozialen Rechtsstaat" noch immer aus azosialen Siedlungen, die es auch heute im Zeitalter der Atombombe und der Mondeiroberung noch immer gibt.
Sie werden von der Fürsorge abgeholt und in die Heime gesteckt.
" Fürsorge?" Hiervon kann keine Rede sein. Die heutige Fürsorge basiert auf der alten verstaubten und autoritären Praktiken des Preußentums und der Nazizeit.
Die Unterdrückung der Heimkinder beginnt meistens schon im frühesten Alter. Meistens werden sie unqualifiziertem Personal überlassen.
Schläge, Einsperrungen gehören hier zur Tagesordnung, nicht zuletzt

um die schon von jeher bestehenden Abschreckungsfunktionen dieser Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Diese Ordnungen lassen sich oft schwer von Kasernen Ordnungen unterscheiden.
Die unfähigen Knüppelpädagogen, sind nicht in der Lage auf jedes Kind einzugehen. sich mit jedem Kind zu befassen.
Bei schulpflichtigen Kindern kommt es nicht selten vor, daß eine Kinderpflegerin mit 30 Kindern Schularbeiten machen muß.
Es ist so auch leicht verständlich, daß der Großteil dieser Kinder in der Schule zurückbleibt und die Sonderschule, wo ähnliche Verhältnisse herrschen,d.h. wo die Unterdrückung nocht fortgesetzt wird, bevölkern.
In den meisten Heimen ist der Kontakt bzw. der Besuch von Mädchen strickt untersagt. Hier läuft das sexuelle Nichtaufklären paralell nach dem Motto. " Die Frau bzw. der Mann das unbekannte Wesen."



Fehlverhalten (meistens gegen die kleinbürgerlichen ERziehungsformen), die bei jedem Kind normal sind, werden in den Heimen mit Schläge, die an Züchtigungen grenzen, geahndet. Verwand werden hierzu Kleiderbügel, Handfeger un d Teppichklopfer.
Die Kinder werden nach außen hin umsorgt und gehegt.
Der graue Alltag dieser Jungen und Mädchen, die wie " Doofies" behandelt und so auch tituliert werden, sieht entschieden anders aus.
Nach dem Aufenthalt in einem Kinderheim kommen sie entweder als geduckte und unterdrückte, verschüchterte Jugendliche, oder als welche, die gegen alles ihrer Aggressivität Ausdruck verleichen. (Was verständlich ist!).
In diesen Lehrlingsheimen wird der Terror, wenn auch nicht immer in der gleichen Weise, fortgesetzt. Die vorher herangebildeten Sonderschüler haben nur meistens die Möglichkeit Hilfsarbeiterberufe zu bekleiden, in denen es vorkommen kann, das man 3 Jahre lang 150,- DM verdient hat(in diesem Fall an der Tankstelle) und hiervon nur ein minimales Taschengeld erhält. Sollte man nun auf die Idee kommen , sich gegen diese Mißstände zu wehren, so hat man mit Druck und ähnlichen Maßnahemn zu rechnen. Wenn der Jugendlich, durch die vorher verpfuschte Erziehung im Kinderheim, sich nicht der Hausordnung bedingungslos beugt,so wird er in ein Erziehungsheim abgeschoben. Hier widerfährt dem Jugendlichen eineErziehung (wenn man es noch so nennen kann), die alles andere in ihrer Blödheit und Verdummung, wie in ihrer Brutalität, übertrifft. Die E ziehungsheime haben kleinbürgerliche Erziehungsmittel und - ziele. Ersatzweisenimmt man auch ausgewählte proletarische Mittel, z.b. Prügel.
Hauptziel in bezug auf den einzelen ist die totale Vereinzelung. Alles wird getan um Gruppenbildungen und Gruppensolidarität zu verhindern. Isolation in den Erziehungsheimen der Fürsorge bedeutet also Dressur. Die Jugendlichen werden wie zu dressierende Tiere aus ihrer Lebenswelt gerissen und nach ihnen fremden und ihrer vorherigen Erziehung entgegengesetzten Normen dressiert.
Die Bewohner von Notunterkünften, die Jugendlichen in den Heimen werden teilweise als " asozial" bezeichnet.
Das trifft nicht zu !
Asozial ist das System ; es ist der Kapitalismus, der diese jungen Menschen Tag für Tag in diese Richtung bringt!
Viel Gerede wurde bisher um die Fürsorgeerziehung gemacht, konkrete Verbesserungen blieben aber aus.
Ich schließe mit den Worten des Kommunisten Max Holz :

Das Wort kann nicht retten
Das Wort bricht keine Ketten
Die Tat allein macht frei !

S o l i d a r i t ä t
mit dem Georg-von-Rauch-Haus!

Am 2. Juli 1971 besetzten Jugendliche und Studenten eine leerstehende Fabrik in einem Kreuzberger Sanierungsgebiet. Im Laufe der folgenden Monate wurde die Fabrik zum Jugendzentrum Kreuzberg ausgebaut. Die Arbeit stellt einen ersten Versuch dar, außerhalb der bestehenden Parteien und Organisationen ein Zentrum für Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter zu schaffen. Im November wurde verstärkt die Diskussion über die Möglichkeiten der Einrichtung von Lehrlingswohngemeinschaften geführt.

Am 3.12.71 wurde dann das ehemalige Martha-Maria-Haus auf dem Gelände des Bethanienkrankenhauses von einigen hundert Jugendlichen besetzt.

Später wurde zwischen dem Eigentümer der Gebäude, dem Bezirksamt Kreuzberg und dem Projekt (Träger ist das Jugendzentrum Kreuzberg e.V.) ein Nutzungsvertrag, der die legale Fortsetzung des Projekts ermöglichen sollte, für eine befristete Zeit abgeschlossen. Seit dieser Zeit wird das Gebäude von etwa 60 Jugendlichen und 15 älteren Personen (Arbeiter, Studenten, Sozialarbeiter, Lehrer etc.) bewohnt und in eigener Regie verwaltet. Bei den Jugendlichen handelt es sich zum überwiegenden Teil um ehemalige Heiminsassen oder Jugendliche, die von zu Hause entwichen sind und um eine stabile Gruppe von Lehrlingen und Jungarbeitern. Der größte Teil der Jugendlichen wuchs unter schweren Lebens- und Erziehungsbedingungen auf und verbrachte die meisten Jahre in FE-Heimen. Nach ihrer Flucht aus dem Heim oder dem Zuhause führten sie als Trebegänger ein illegales Dasein, was meistens mit dem totalen Absinken in die Kriminalität verbunden ist.

Durch die Aufnahme im Georg-von-Rauch-Haus hatten sie zum ersten Mal Gelegenheit, ihre Lebenssituation kollektiv selbst zu gestalten und den Teufelskreis von Verwahrlosung und Kriminalität zu durchbrechen.

Durch die kollektive Selbstorganisation und die soziale Zusammensetzung waren günstige Voraussetzungen gegeben:
- die Jugendlichen in ihrem Selbstbewußtsein so weit zu stärken, daß sie ihre passive Fürsorgeempfängerhaltung überwinden und ihre Interessen selbst vertreten
- den Jugendlichen solche Erfahrungen zu vermitteln, daß

sie bei entsprechend kollektivem Engagement ihre Lage verändern können und ein Abgleiten in die Subkultur der Kriminalität verhindert wird.

Die bisherigen Erfahrungen im Georg-von-Rauch-Haus zeigen, daß die kollektive Selbsterziehung zur Persönlichkeitsstabilisierung, zur Ausbildung sozialer Fähigkeiten und zur Aufhebung sozialer Isolierung führen kann (s. Pädagogengutachten in der Dokumentation der Jugendlichen) und auch dazu geführt haben, daß die Jugendlichen trotz äußerer und innerer Schwierigkeiten

- ihren Aufenthalt legalisiert haben
- sich kollektiv oder einzeln Arbeits- und Schulplätze gesucht haben und in der Lage waren, ihre Interessen gegenüber der Behörde wahrzunehmen.

Was dieses Projekt über die bisherigen Ansätze der Jugendkollektive hinaus interessant und nachahmenswert macht, ist die politische Brisanz, die in Selbstorganisation begründet ist.
Am 19.4.1972 stürmten 800 Polizisten das Georg-von-Rauch-Haus; 250 bewaffnete und behelmte Polizisten, einige Staatsanwälte und ein Richter drangen in die rund 90 Zimmer ein und kehrten das Unterste zu oberst.

Gesucht wurden Beweise für einen Zusammenhang zwischen den Bewohnern und einem Bombenanschlag auf den britischen Yachtclub. Gefunden und ohne Quittung beschlagnahmt wurden übliche Haushaltsgegenstände, (Benzin, Isolierband, Batterien, Wecker, Unkraut-Ex); 28 Jugendliche wurden festgenommen, von ihnen mußten 23 wieder bis zum Nachmittag entlassen werden, weil die Vorwürfe unhaltbar waren; 2 Jugendliche befanden sich noch am 19. Mai in Haft, 7 Jugendliche haben in der Zwischenzeit ihre Arbeitsstellen verloren.
Bis heute sind die Verdachtsmomente nur Verdächtigungen geblieben; was den Eindruck vermittelt, daß es weniger um die Aufklärung strafrechtlicher Taten ging, als um die Verunsicherung und Kriminalisierung eines politischen Projekts.
Die während der Durchsuchung durchwühlten Räume wurden in verwüstetem Zustand zurückgelassen und so durch die Polizei fotografiert. Diese Aktion war der bisherige Höhepunkt einer Kampagne, mit der versucht wurde, das Georg-von-Rauch-Haus zu kriminalisieren (Kriminalisierung bezeichnet den Versuch, durch häufige und unverhältnismäßig große Polizeieinsätze, durch Falschmeldungen und ungerechtfertigte Verdächtigungen; "Terrorzentrale" und "Hort von Kriminellen", gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dort lebten Verbrecher, Tagediebe, kurz Kriminelle).

Bereits anläßlich der Besetzung des Hauses hat ein massiver Polizeieinsatz gegen demonstrierende Sympathisanten

stattgefunden. Ein Polizeisturm auf das Haus selbst war durch den, das Hausrecht ausübenden Bezirksjugendstadtrat Beck verhindert worden. Nicht verhindert wurden Falschmeldungen und andauernde Versuche, insbesondere der Springer-Presse, die Bewohner des Hauses zu diskriminieren.
Nicht verhindert wurden die mehrfachen Überfälle von Schlägern einiger 'Zuhalterringe', die sich nicht damit abfinden wollten, daß "ihre Mädchen" nicht mehr für sie gewinnbringend "arbeiten".

Von den Bewohnern selbst verhindert wurde der Versuch der Bürokratie, das Haus mit Hilfe eines Stacheldrahtzaunes in ein Ghetto zu verwandeln, um die Bewohner von ihrer Nachbarschaft zu isolieren.
Vor diesem Hintergrund erweisen sich auch die Bemühungen des Bezirksamtes, das Projekt zu einem "sozialpädagogischen Modellversuch" zu erklären, als widersprüchlich. Der Versuch, die Bestimmungen der Heimaufsicht auf das Haus anzuwenden, widerspricht der sichtbar wachsenden Fähigkeit des Kollektivs zur Selbstorganisation ihrer Lebensprobleme. Auf die Zerschlagung des Kollektivprinzips richtete sich auch die versuchte Entsendung von Jugendlichen nicht gewünschter Sozialarbeiter.

Dieses einzige von Arbeiterjugendlichen selbst organisierte Wohnkollektiv in der BRD und Westberlin (z.Zt. 50 Mitglieder) wird vom Senat geschlossen, falls das Kollektiv nicht die von der Berliner Sozialbürokratie in einem Entwurf für einen endgültigen Nutzungsvertrag formulierten Bedingungen akzeptiert. Senatsdirektor Kreft drohte, daß das Kollektiv nicht weiter geführt werden könne, wenn er nicht mit dem unterschriebenen Vertrag am Freitag, dem 6.10.72, in einer wichtigen Sitzung im Abgeordnetenhaus von Berlin erscheinen könne.

"Über einzelne Formulierungen kann hier noch verhandelt werden, über den Inhalt nicht mehr."
Diese gescheiterte Verhandlung wurde von den Jugendlichen als Erpressung bezeichnet.
Es fällt einem schwer, diese Behauptung der Jugendlichen zu widerlegen, wenn man erfährt, welche Bedingungen des Senats sie als unzumutbar zurückweisen:

- sie sollen den selbstgewählten Namen Georg-von-Rauch-Haus nicht verwenden dürfen,
- sie sollen eine Fülle von Daten der Bewohner des Kollektivs regelmäßig der Behörde mitteilen,
- sie sollen bedingungslos die Kontrollen und Maßnahmen der Ordnungsverwaltungen (von der Polizei bis zum Gesundheitsamt) akzeptieren,
- sie sollen ihr bewährtes kollektives Verhandlungsprinzip - wesentliche Voraussetzung für ihre gemeinsame Entwicklung und Stabilität - aufgeben und kleine Kommissionen bilden,

- sie sollen sich zur "Kommunikation und Kooperation" mit der Bürokratie bereiterklären, die den Jugendlichen eine Fülle von einengenden Verpflichtungen auferlegt, dem
- Senat aber bei Nichteinhaltung von Vertragsbestimmungen eine fristlose Kündigung der Vereinbarung gestattet, die sowieso - wer kann das verstehen? - auf einen Zeitraum von 6 Monaten begrenzt sein soll und dann mit einer Frist von 3 Monaten kündbar ist,
- sie sollen sich zu Formen der Zusammenarbeit mit der Bürokratie entschließen, die dem Prinzip der Selbstorganisation direkt widersprechen und die das Kollektiv zu einem Erziehungsheim der öffentlichen Erziehung machen würde.

Wie die Praxis in den Erziehungsheimen aussieht,ist durch die Heimkampagnen der zurückliegenden Jahre und vielfache Veröffentlichungen klar aufgezeigt worden: strikte Disziplinierung durch autoritäre Erziehung; Erziehung zur Unselbständigkeit, Passivität und Unmündigkeit in von der Öffentlichkeit isolierter Umgebung. Das Ergebnis: Kriminalisierung während und nach der Zeit des Heimaufenthaltes und somit keine Chance zur Wahrnehmung ihrer Rechte als politischer Staatsbürger.
Nicht kritische, mit dem Willen zur positiven, praktischen Veränderung der Gesellschaft ausgestattete Menschen werden gewünscht, sondern gehorsame und unterwürfige Individuen, die nicht in der Lage sind, die Bedingungen ihrer eigenen Existenz kritisch zu untersuchen.

Die Jugendlichen sagen zu dem Vertragsentwurf des Senats: "Dieser Vertrag ist eindeutig gegen unsere Interessen gerichtet. Wenn wir ihn annehmen, geben wir uns selbst auf. Wir sind zu weiteren Verhandlungen bereit, aber es ist klar, daß wir, wenn der Senat bei seinen Forderungen bleibt, und das Georg-von-Rauch-Haus geschlossen wird, nicht freiwillig unser Kollektiv auflösen werden!"

(Nachtrag: Dem Georg-von-Rauch-Haus ist inzwischen zum 31. Januar 1973 gekündigt worden, nachdem das Kollektiv die Unterzeichnung eines vom Berliner Senat angebotenen "Nutzungsvertrages" ablehnen mußte, da dieser eine weitgehende "Verheimung" und die ständige Kontrolle der Selbstorganisation der Trebegänger und Lehrlinge durch den Senat bedeutet hätte. Das Kollektiv fordert dazu auf, Solidaritätsadressen für das Rauch-Haus zu senden an die Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Frau Ilse Reichelt, 1 Berlin 30, Am Karlsbad 8 - 10. Von jeder Solidaritätsadresse bitte einen Durchschlag an das Kollektiv Georg-von-Rauch-Haus, 1 Berlin 36, Mariannenplatz 1 a. Weitere Informationen über das Kollektiv (u.a. gibt es die Dokumentation "Kämpfen, lernen, leben" für DM 5.--). Spenden für die Verteidigung des Georg-von-Rauch-Hauses sind zu überweisen an K. Friederichs, Postscheckamt Berlin-West Nr. 283474.)

Zunehmender Druck der Sozialbürokratie auf Jugendwohngemeinschaften.

Seit gut 2 Jahren arbeiten Jugendwohngemeinschaften als Alternative zur Heimerziehung, die in ihrer pädagogischen Praxis den gesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte.
Die Jugendwohngemeinschaften haben in dieser Zeit ihre pädagogische Berechtigung wissenschaftlich und praktisch nachgewiesen, außerdem arbeiten sie zum großen Teil effektiver als die Heime.
In der letzten Zeit bestätigt sich immer mehr der Verdacht, daß - entgegen allen Äußerungen in der Öffentlichkeit - die Sozialbürokratie die fortschrittlichen Ansätze ungeschehen machen möchte.

Das einzige von Arbeiterjugendlichen selbst organisierte Großkollektiv in der BRD und in Westberlin, das Georg-von-Rauch-Haus, steht vor der Schließung durch den Senat von Berlin. (s.Artikel: "Solidarität mit dem Georg-von-Rauch-Haus.")

Ein weiteres Indiz für den allgemeinen Trend der Sozialbürokratie, die Selbständigkeit der Jugendwohngemeinschaften einzuschränken, sind die Vorfälle im Landschaftsverband Rheinland in den letzten Monaten.

Dem Jugendwohnkollektiv für Jugendliche der öffentlichen Erziehung in Essen-Steele wurden unter fadenscheinigen Gründen, ohne Vorwarnung, ohne Verhandlung, die Pflegesätze von der Verwaltung des Landesjugendamtes Rheinland gestrichen, was faktisch einer Schließung des Kollektivs gleichkam, da der Träger keine Eigenmittel besaß, aus denen er evtl. Hausmiete, Gehälter für Personal, Verwaltungskosten etc. hätte bezahlen können.

Zwar betonte der zuständige Referent für öffentliche Erziehung im LJA Rheinland, Prof. Dr. Dr. Krauss, immer wieder in der Öffentlichkeit, daß Jugendwohngemeinschaften in der öffentlichen Erziehung durchaus ihren Platz hätten.
Aber wenn Prof. Krauss von Jugendwohngemeinschaften spricht, dann meint er in Wirklichkeit Mini-Heime, wenn wir aber Kollektiv sagen, dann meinen wir Selbsterfahrung, Selbsterziehung und Selbstorganisation der Jugendlichen.

Wenn Prof. Krauss vom LJA sagt, er würde die Jugendwohngemeinschaften weiter fördern, dann meint er, die bestehenden Kollektive - gleich Erziehungsheime - in die Sozialbürokratie zu integrieren, d.h. sie den Kontrollen und Maßnahmen der Ordnungsverwaltungen - von der Heimaufsicht bis zur Polizei und dem Gesundheitsamt - auszuliefern.
Wenn wir noch Kollektive unterhalten oder initiieren, dann mit der Absicht, Jugendliche, die ihr ganzes Leben lang unter der Bürokratie gelitten haben, die zu Fällen degradiert worden sind, rauszureißen aus dieser 'Klammer Bürokratie', die die Jugendlichen unselbständig und lethargisch macht und sie nicht selten kriminalisiert.

Und so sieht die Verhandlungstaktik des LJA Rheinland gegenüber den Kollektiven in Rheinland aus:
In zähflüssigen Verhandlungen und mit behördlichen Tricks, die sich in Kompetenzschwierigkeiten, Urlaubsvertretungen, Zahlungsverzögerungen, Sonderauflagen äußern, soll die Arbeit der Jugendwohnkollektive und ihrer Träger zerstört und unmöglich gemacht werden.

Ihren deutlichen Höhepunkt hat diese Entwicklung im Landschaftsverband Rheinland am Beispiel des Jugendkollektivs vom Verein Soziale Jugendarbeit e.V. Essen. Entgegen vorherigen schriftlichen Zusagen und unter Anwendung oben angeführter Methoden kündigte die Verwaltung des LJA,ohne Rücksprache mit dem Träger, völlig überraschend per Postzustellungsurkunde die bestehende Finanzvereinbarung.

Das aber bedeutet automatisch die Auflösung des Kollektivs. Als formeller Anlaß zur Kündigung diente die ungenügende bauliche Verfassung des Hauses, in dem das Kollektiv 1 1/2 Jahre hatte wohnen müssen.
Seit März 1972 aber stand der Träger des Kollektivs ständig in Verhandlungen mit der Verwaltung des LJA Rheinland wegen des baulichen Zustandes des Hauses, drang der Träger auf den Erhalt von Zuschüssen vom LJA zur Renovierung des Hauses.
Da eine Renovierung aber sehr hohe Investitionen erfordert hätte, weigerte sich das LJA,in dieses Haus noch Gelder zu investieren. Der Träger stimmte zu, jedoch unter dem Vorbehalt, daß dann ein neues Haus für das Kollektiv gefunden werden müsse, und daß das LJA sich an der Suche nach einem neuen Haus beteiligen müsse (z.B. Übernahme evtl. Maklergebühren), und daß außerdem dann das LJA Mittel zur Ersteinrichtung des neuen Hauses zur Verfügung stellen müßte.
Wiederholt fragte der Träger die Vertreter vom LJA in den laufenden Verhandlungen, die sichtlich verzögert wurden, ob das LJA bindend zusagen könne, daß das Kollektiv im neuen Haus auch weiterhin finanziell unterstützt würde, die Antwort lautete jedesmal eindeutig: ja!

Wie das LJA dann aber wirklich handelte, das sah dann so aus: Anfang Juli, als noch zwei Jugendliche im alten Haus lebten (es sollte eine neue Gruppe aufgebaut werden) wurde dem Träger mitgeteilt, daß aus baulichen Gründen von einer weiteren Belegung mit Jugendlichen der öffentlichen Erziehung zunächst abgesehen werde.
Gleichzeitig aber wurden die Verhandlungen über ein neues Haus vom LJA ständig verzögert.
Gegen Ende Juli kam dann die Kündigung der Pflegesätze mit der Begründung:
a. der bauliche Zustand sei nicht mehr tragbar
b. es würde in dem Kollektiv keine Gruppe mehr betreut.

Diese formalistische Begründung erweist sich in der Zusammenschau der Ereignisse als geradezu lächerlich, wenn man bedenkt, daß seit 4 Monaten Verhandlungen geführt wurden zur Veränderung der Wohnverhältnisse, daß diese Verhandlungen aber vom LJA ständig verschleppt wurden ("wir können noch keine endgültige Zusage machen, wir brauchen erst noch ein Gutachten von der Bauaufsicht, dann noch eins von der Bauverwaltung im Landschaftsverband" etc.), desweiteren erweist sich der zweite Teil der Begründung geradezu als Schlag ins Gesicht der Logik, wenn man sich vor Augen hält, daß Anfang Juli das LJA sich geweigert hatte, neue Jugendliche in das alte Haus einzuweisen, bzw. es untersagt hatte, daß in dem alten Haus noch weitere Jugendliche der öffentlichen Erziehung betreut würden!

Besonders kennzeichnend für die Taktik der Verwaltung des LJA war, daß die Kündigung der Pflegesätze den Träger erreichte, als der Vorstand des Trägers im Urlaub war, als die wichtigen Kontakte zur Stadt Essen, mit der Verhandlungen geführt wurden wegen eines neuen Hauses, nicht zu Gesprächen genutzt werden konnten, weil die zuständigen Sachbearbeiter im Urlaub waren, schließlich als der Unterzeichner des Kündigungsschreibens, Prof. Krauss, ebenfalls in Urlaub war.
Sofortige Gespräche mit dem zuständigen Sachbearbeiter im LJA führten zu nichts, weil dieser sich für diese Verhandlung als nicht kompetent erklärte.
Ende August kam Prof. Krauss aus dem Urlaub zurück, seine erschöpfende Auskunft: er könne nicht verbindlich verhandeln, da jetzt der zuständige Sachbearbeiter bis Mitte September im Urlaub sei!

Daraus folgte: erst zwei Monate nach der Kündigung der Pflegesätze, hätte der Träger die Möglichkeit gehabt, mit der Verwaltung des LJA und den dort zuständigen Herren zu verhandeln.

Durch dieses Hin- und Herschieben der Kompetenzen und die zeitliche Verzögerung aber trat dann der vom LJA gewünschte Effekt ein: das Personal, das ja sein Gehalt über

die Pflegesätze erhalten hatte, war gezwungen, sich nach anderen Arbeitsstellen umzusehen.
Die Möglichkeit, ein derartiges Kollektiv weiter zu betreiben, ist damit fürs erste nicht mehr gegeben.

Wir meinen der 'Fall Essen' ist nicht isoliert zu sehen. So ist dann die Schilderung auch nicht als Situationsbeschreibung eines Kollektivs zu sehen, sondern als exemplarische Darstellung der Strategie der Sozialbürokratie.

Das was hier dem Essener Kollektiv geschah, kann morgen jedem anderen Kollektiv auch geschehen.
Die Vorgänge um das Kollektiv in Essen sind im Zusammenhang zu sehen mit der Tendenz der Sozialbürokratie, den teilweise erworbenen Freiraum der Kollektive wieder einzudämmen, die bestehenden Kollektive durch Vereinbarungen einseitigen Charakters an die Sozialbürokratie zu binden, die Kollektive zu disziplinieren. Auf diesem Wege sollen die Kollektive, die einst als Alternative zur Heimerziehung entstanden sind, wieder in die Heimerziehung integriert werden.
Wenn nötig, d.h. wenn die Kollektive, die finanziell von der Sozialbürokratie abhängig sind, sich diesem Zwang widersetzen, dann werden Drohungen ausgestoßen. Nachdruck hinter diese Drohungen aber wird gesetzt durch exemplarisches Schließen von Kollektiven nach der Devise: "So geht es euch auch, wenn ihr nicht spurt".

Buchbesprechung

Autorenkollektiv: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Frankfurt/Main 1971. Ed. Suhrkamp 514.

Das Autorenkollektiv hat es sich zur Aufgabe gesetzt, "die marxistische Theorie für die Klärung einiger wesentlicher Probleme der Sozialarbeit und Sozialpädagogik wieder nutzbar zu machen". (10)
Untersucht wird
- in Form des historischen Abrisses die Funktion der in Heimen betriebenen Fürsorgeerziehung im Kontext der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland
- die klassenspezifischen Ursachen für Verwahrlosung und Kriminalisierung eines Teils der Arbeiterjugend
- die Fürsorgeerziehung in der BRD hinsichtlich Erziehungspraxis, Ideologie und Reformtendenzen
- die Geschichte des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung gegen die Verwahrlosung und Kriminalisierung der proletarischen Jugend und den bürgerlichen Fürsorgeapparat
- die heutigen Perspektiven der Organisierung der Sozialarbeiter und Erzieher. (10)

Das Autorenkollektiv ist fast identisch mit den Verfassern der Beiträge in "Erziehung und Klassenkampf" Nr. 4, ebenso entsprechen die beiden zuletzt genannten Themen in den Grundzügen zwei bereits dort veröffentlichten Aufsätzen.

"Gefesselte Jugend" ist kein Beitrag zur akademischen Diskussion um die Funktion der Fürsorgeerziehung, sondern soll dem politischen Ziel der Gewinnung fortschrittlicher Sozialarbeiter und Sozialpädagogen als Bündnispartner der Arbeiterklasse dienen. Es vermittelt Informationen und gesellschaftsanalytische Erkenntnisse, die den Sozialarbeiter- und Sozialpädagogikstudenten in der Ausbildung weitgehend vorenthalten werden, die aber notwendig sind, um Strategien einer Sozialarbeit im Dienste der Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Kinder und Jugendlichen zu entwickeln.

Das erste Kapitel (13-65) liefert ein Stück Sozialgeschichte und verbindet dabei Kenntnisse über die Entwicklung der Produktivkraft und der Produktionsverhältnisse im Kapitalismus mit den entsprechenden Formen

öffentlicher Erziehung. Die Details dieser Schilderung können auch anderweitig nachgelesen werden, die abschließende Interpretation jedoch wäre es wert, weiter verfolgt zu werden: Die These lautet, Fürsorgeerziehung habe darin ihre notwendige Grenze, daß die "'Unangepaßtheit' proletarischer Kinder und Jugendlicher in ihren verschiedenen Ursachen und Formen nicht nur eine Abweichung von der Norm (ist), die leicht zu korrigieren wäre, sondern eine Folge von Lebens- und Erziehungsbedingungen, die dem Proletariat durch den Kapitalismus aufgedrückt werden". (61f) Die Fürsorgeerziehung kann diese Probleme pädagogisch nicht lösen, "weil sie die 'Schwierigkeiten' der Kinder und Jugendlichen klassenspezifisch, d.h. ideologisch deutet und weil sie sich das Paradoxon zum Ziel gesetzt hat, die proletarischen Kinder und Jugendlichen mit denjenigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu versöhnen, an denen diese zerbrochen sind".(62)

Eine materialistische Analyse der Ursachen von Verwahrlosung und Kriminalität als Haupttypen abweichenden Verhaltens proletarischer Jugendlicher gibt das zweite Kapitel (66-150). Dieses Kapitel dürfte wegen des hier erreichten Konkretisierungsgrades als das wichtigste des gesamten Bandes anzusehen sein. Hier ist es gelungen, die in linken Publikationen oft klaffende Lücke zwischen der Darstellung der marxistischen Grundkategorien und der Übernahme von Detailinformationen aus der bürgerlichen Sozialforschung zu schließen und den marxistischen Ansatz bis in die Interpretation von Statistiken, Gesetzestexten und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse - einschließlich sozialpsychologischer Phänomene - durchzuhalten. Das hier zusammengetragene Material dürfte gerade für die politische Aufklärungsarbeit unter Sozialarbeiter- und Sozialpädagogikstudenten brauchbar sein.

Kapitel III über "Ideologie und Praxis in der Heimerziehung" macht m.W. erstmalig den Versuch, die in der Fürsorgeerziehung herrschende sozialintegrative Ideologie mit der sozialen Situation der Heimerzieher, ihren schlechten materiellen Bedingungen, ihrem geringen Sozialprestige und ihrem Aufstiegsdenken, in Zusammenhang zu bringen (157-164). Als Zusammenfassung nützlich sind die Teile über das Disziplinarsystem und die Rolle der Familienideologie in der Heimerziehung. Wichtige Materialien über die Tätigkeitsbereiche der Fürsorgeverbände und das Problem des Subsidiaritätsprinzips bringt das Kapitel IV (193-218). Nicht ausreichend behandelt wird die Rolle der Kirchen und anderer freier Träger im Fürsorgewesen, da hier ausschließlich Veröffentlichungen ideologiekritisch untersucht werden, ohne der Frage nach der Sicherung materieller Interessen und politischer Einflußbereiche durch die freien Träger nachzugehen.

Kapitel V (219-239) zeigt die Grenzen jeglicher Reformbemühungen im Erziehungs- bzw. Fürsorgesektor auf, die Ohnmacht der zahlreichen Programmentwürfe für eine bessere öffentliche Erziehung, die stets an den vom Kapitalismus diktierten "Sachzwängen" scheitern müssen.

Die letzten beiden Kapitel sind der Frage der Strategie der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf dem Fürsorge- bzw. Sozialsektor gewidmet. (240-285) (286-301) Nach einer Diskussion der Marxschen Theorie über das Lumpenproletariat und der Randgruppentheorie folgt die Auswertung von Quellen über den Kampf der KPD gegen die bürgerliche Fürsorgeerziehung in der Weimarer Zeit. Überlegungen zur Rolle des Sozialstaats, der Sozialpolitik und der Reformen im Kapitalismus gehen ein in Thesen für eine Praxis der Sozialarbeit, die im Interesse der Klienten, der Arbeiterklasse und ihrer Jugendlichen steht und die auch zu einer Solidarisierung der Sozialarbeiter im Kampf um gemeinsame Interessen führt. (298f) Diese Thesen bleiben jedoch in ihrer Allgemeinheit hinter dem entsprechenden Artikel in "Erziehung und Klassenkampf" zurück.

Unbeantwortet lassen die Verfasser die Frage, welche organisatorischen Konsequenzen sich für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen aus ihrer Analyse der Fürsorgeerziehung ergeben. Insofern bleibt "Gefesselte Jugend" im Vorfeld politisch-strategischer Überlegungen.

Jan Raspe: Zur Sozialisation proletarischer Kinder. Frankfurt 1972, Verlag Roter Stern.

Die wachsende Anzahl von Arbeiten über den Sozialisationsprozeß des Arbeiterkindes ist fast nicht mehr überschaubar. Auch in den Bereich von Sozialpädagogik und Sozialarbeit, der bis vor wenigen Jahren noch von den idealistischen Vorstellungen der Reformpädagogik geprägt war,dringen immer mehr empirische Einzelergebnisse der bürgerlichen Sozialforschung, besonders der USA, ein. Wenn bisher auch die Versuche der Erarbeitung einer Sozialisationstheorie in den Anfängen stecken blieben und es aufgrund mangelnder materieller und historischer Basis auch weiterhin bleiben werden, erscheint die Zielsetzung dieser Theorieansätze in der augenblicklichen Situation des Erstehens von Klassenkämpfen klar: Die Bourgeoisie will mit Hilfe der Ergebnisse der Sozialisationsforschung und den sich daraus entwickelnden Strategien, wie z.B. der kompensatorischen Erziehung, das Postulat der Chancengleichheit in unserer kapitalistischen Gesellschaft proklamieren, mit dem Ziel, die Arbeiterklasse in dieses

System zu integrieren, den erhöhten Bedarf an Arbeitskraft, d.h. Ausbeutungsobjekten, zu realisieren und anhand einiger individueller Aufsteiger, die die kapitalistische Leistungsideologie internalisiert haben und von den Herrschenden protegiert werden, aufzeigen, daß wir eine klassenlose Gesellschaft haben.

Neben der Arbeit von E. Brechstein, die Sozialisation des Arbeiterkindes in Familie und Schule (Freiburg 1971/ Selbstverlag) und der stellenweise hervorragenden Arbeit des Autorenkollektivs um Gottschalch (Sozialisationsforschung), gehört die vorliegende kurze Analyse zu den wenigen Arbeiten, die über einen reformistischen Charakter hinausgehen.
Raspes Ausgangspunkt ist, daß die sozialen Erfahrungen des Arbeiterkindes vom frühesten Alter an Erfahrungen des Klassengegensatzes sind und in ihnen gleichzeitig auf Grund der familialen Situation sich die wesentlichen Lernprozesse abspielen. Die dadurch vermittelte Struktur der Lernfähigkeit des Kindes ist dann sowohl an einen bestimmten Inhalt, nämlich die allgemeinen sozialen Zusammenhänge der Klassenlage gebunden als auch an eine bestimmte Form - das Kind lernt in kollektiven Erfahrungszusammenhängen.
Auf dieser Grundlage legt Raspe seiner Arbeit die politische Überzeugung zugrunde, daß sich der widersprüchliche Charakter der Sozialisation des Arbeiterkindes nur in einer direkten, organisierten, antikapitalistischen Erziehungspraxis - als Teil und Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes - grundsätzlich aufheben läßt.

Doch hier liegen dann auch die deutlichen Mängel der Arbeit Raspes. Losgelöst von einer proletarischen Organisation, ohne Kontakt zu den Anfängen proletarischer Kinderarbeit (Projekt Brehlohstr.) ist seine Arbeit eine Analyse, vollkommen losgelöst von den aufflammenden Klassenkämpfen und so ohne jede praktische und organisatorische Konsequenzen.
Vielleicht sollte man an diesem Ort auch die Praxis der Übernahme von englischsprachigen Zitaten kritisieren. Soll hierdurch etwa ein Schein von Wissenschaftlichkeit gewahrt werden? Eine Übersetzung dieser Zitate würde den meisten von uns wohl besser nützen.

Trotz dieser Mängel finden sich bei Raspe einige gute Ansatzpunkte zur Analyse und Interpretation der neueren bürgerlichen Untersuchungen des Sozialisationsprozesses, eine gute Zusammenfassung neuerer Ergebnisse der Forschungsliteratur zur Sozialisation des Arbeiterkindes eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung des Arbeiterkindes, unter "historisch gesellschaftlichen Bedingungen offener Klassenkämpfe".

 Die Notwendigkeit einer polit-ökonomischen Analyse des Sozialisationsprozesses wird jedoch von Raspe erkannt und auch in Angriff genommen. Hierbei werden Aspekte wie Klassenlage, Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kleinbürgerlicher Reproduktion in der Familie in Beziehung gesetzt zu Erziehungsverhalten und Wertorientierung der Eltern, familiale Rollenstruktur, Aspekte wie Identifikation, Abhängigkeit, Aggression, Sprache, Lernen und Leistungsmotivation.
Es findet sich hier auch eine ausgezeichnete Kritik der psychologisierenden Erklärungsversuche der Situation des Proletarierkindes bei Rühle.
Aus der verifizierten These, daß proletarische Lebensverhältnisse im Kind die Anlage einer widersprüchlichen Persönlichkeitsstruktur fördern, die sowohl Elemente eines aktiven kämpferischen Klassenhandelns umfaßt als auch die passiv-fatalistischer Anpassung (S. 33) ergibt sich für Raspe die These, daß nur eine direkte antikapitalistische Erziehung die Bildung der kollektiven Identität des proletarischen Kindes zu fördern vermag (S.39).

Richtig erkennt Raspe dann auch, daß eine "derartig einseitige Aufhebung von Dysfunktionalitäten" selbst nur mit dem Entstehen neuer Widersprüchlichkeiten einhergehen kann; d.h. also, daß der Charakter der Widersprüche und ihre Lösung auch davon abhängt, wie das Proletariat darauf antwortet.
Diese vom Proletariat angefangenen Antworten müssen von allen im sozialen Bereich Tätigen unterstützt werden. Zur Erkenntnis dieser Forderung ist Raspes Buch stellenweise gut geeignet.

Autorenkollektiv: Materialien zur Lage der Arbeiterjugend in Westberlin. Frankfurt 1972, Verlag Roter Stern.

Die soziologische Jugendforschung, die in der BRD jahrelang stagnierte und sich vorwiegend in idealistischen Ergüssen jugendbewegter Zupfgeigenhanserl manifestierte und in denen versucht wurde, kleinbürgerliche Lebens- und Sozialisationsbedingungen auf die Arbeiterjugend zu übertragen, konnte nicht dazu beitragen, die sozioökonomische Lage der Arbeiterjugend transparent zu machen.

Erst mit dem von Hübner, Reichelt und Liebel in "Erziehung und Klassenkampf" Heft 1 veröffentlichten Aufsatz "Politökonomische Bestimmung zur Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus und deren Bedeutung für die Entwicklung des Klassenbewußtseins" ergaben sich Perspektiven für eine sozioökonomische Jugendforschung, die den Interessen der Jugend des Proletariats dient.
Die ersten Ergebnisse liegen in den "Materialien" vor.

Obwohl in ihren Aussagen auf West-Berlin beschränkt und wie auch von den Autoren ausdrücklich festgestellt wird, in ihren Aussagen über Klassenlage und Entwicklungstendenzen der arbeitenden Jugend theoretisch nicht abgesichert, weil ein enger Kontakt zu einer proletarischen Jugendorganisation fehlte, tritt dem Leser doch ein relativ geschlossenes Bild der Lage der Arbeiterjugend entgegen, das vielen in diesem Bereich arbeitenden Kollegen und Genossen zur Orientierung dienen kann.
Richtig erkennen die Autoren, daß ihre Materialien Stoff für politische Auseinandersetzungen liefern, die allerdings nur auf der Grundlage der Praxis einer proletarischen Jugendorganisation geführt werden kann.
Dies verweist auch inhärent auf den größten Mangel dieser Arbeit: das völlige Fehlen einer historischen Komponente und damit die Gefahr des Soziologismus.
Ein kurzer historischer Abriß zur Lage und zur Organisation der Arbeiterjugend hätte sicher mehr zum Verständnis beigetragen wie der vorgegebene Anhang, dem wir, d.h. wohl die meisten Sozialarbeiter, völlig hilflos gegenüberstehen, da die empirische Sozialforschung erst langsam in den Ausbildungsbereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik eindringt.

Die Autoren verstehen ihr Buch "als Beitrag zur Klärung der Frage, wie der Prozeß des Heranwachsens und der gesellschaftlichen Integration von der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und der jeweiligen Klassenzugehörigkeit geprägt wird, und wie der kapitalistische Produktionsprozeß, die auf ihn bezogene individuelle Qualifikation und die von der Stellung im Produktionsprozeß im wesentlichen abhängigen Reproduktionsbedingungen sich auf die objektive Stellung und das Bewußtsein von Kindern und Jugendlichen jeweils einwirken" (S.7).
Von dieser Themenstellung her ergeben sich 4 klare Bereiche für das Buch:

1. Die Rolle des Schulsystems beim Entstehungsprozeß der Arbeiterjugend;
2. die Situation der arbeitenden Jugend;
3. die Ausbildungsbedingungen der arbeitenden Jugend;
4. die Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Jugendlichen.

An dieser Stelle ist nochmal die unserer Ansicht nach zu enge Beschränkung auf West-Berlin zu bemängeln.
Doch überwiegen die positiven Seiten: z.B. wird auf die Fortdauer der sozialen Selektion auf den Gesamtschulen hingewiesen und die Reformideologie im Schulbereich entlarvt; es wird dargestellt, wie sich das Kapitalinteresse an der Verwertung der jugendlichen Arbeitskraft unmittelbar auf das Lohnniveau und auf die Stellung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge auswirkt.
Weiterhin finden sich Hinweise auf die Unterschiede in In-

dustrie und Handwerk, auf die beschissene rechtliche und soziale Situation am Arbeitsplatz, auf die Fiktion von Berufsberatung, eine Kritik des Stufenplans, eine Darstellung der Berufsschulsituation und der Reproduktionsbedingungen in der Arbeiterfamilie (Arbeitsverhältnis, Einkommen, Vermögen, Wohnsituation).
Kurz wird auch auf die Konsequenzen für die weiblichen Jugendlichen eingegangen.

Wir sind der Ansicht, daß die Materialien ihren Zweck erfüllen. Nämlich Jugendlichen, Jugendorganisationen und sozialpädagogisch arbeitenden Kollegen und Genossen, die die Lage der arbeitenden Jugend grundlegend verändern wollen, einige Programme und pädagogische und politische Konzepte bereitzustellen.

Geschichte und Funktion der Sozialarbeit

Auszüge aus Vorwort und Inhaltsverzeichnis

Das vorliegende Papier, der Versuch einer materialistischen historischen "Analyse" und Funktionsbestimmung der Sozialarbeit ist ein Novum in ihrer Geschichte - zumindest seit der offenbar zur Vergessenheit gewordenen Auseinandersetzung um eine "Fürsorge"-Selbstorganisation der Arbeiter nach dem 1. Weltkrieg. Damals standen sich revolutionäre Kräfte, z.B. Clara Zetkin, die das Konzept der "Roten Arbeiterhilfe", eine Organisation praktischer Selbsthilfe und Solidarität im alltäglichen Klassenkampf, vertraten, und Revisionisten in der SPD um die spätere AWO-Begründerin Marie Juchacz gegenüber, die aus humanistischer Gesinnung die schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung mit Hilfe einer caritativen Wohlfahrtsorganisation verhindern wollte.

Das vorliegende Papier zeigt, daß diese historisch zurückliegende Alternative auch heute nicht an Aktualität eingebüßt hat; es stellt sich dar als ein Arbeitsergebnis einer immer größer werdenden Zahl von Sozialarbeitern, die begreifen, daß sie bisher bewußtlos und ohnmächtig an den Symptomen eines Ausbeutungssystems, der kapitalistischen Gesellschaft, kuriert haben und die begriffen haben, daß die Vernachlässigung ihres Arbeitsfeldes (die vielfach beklagte Situation fehlender Mittel, fehlenden Personals und mangelhafter Ausbildung) strukturell bedingt ist in einem gesellschaftlichen System, in dem Profit und private Aneignung von Reichtum an erster Stelle und "Kosten" verursachende "soziale Fragen" an allerletzter Stelle rangieren.

Aus dem Inhalt: Zur gesellschaftlichen Situation der Armenpflege in der feudalen Gesellschaft - Sozialarbeit im Umbruch zur kapitalistischen Gesellschaft - Marx' Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und ihre Bedeutung für eine Analyse der Sozialarbeit - Bismarck'sche Sozialpolitik und Sozialarbeit - Geschichte der Sozialarbeit 1880 - 1930 - Sozialarbeit im Faschismus 1933 - 1945 - Geschichte des Jugendhilferechts (das RJWG 1923, Jugendhilfe-Recht im Faschismus, Diskussion um die Novelle 1953, Diskussion um das JWG 1961) - Ausgewählte Literatur zur Sozialarbeit.

Ca. 7o Seiten, vervielfältigt mit festem Umschlag. DM 3.--
Bezug über AKS, c/o Günter Pabst, 6 Frankfurt, Hamburger Allee 47
Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Es besteht in NRW eine Landesarbeitsgemeinschaft Wohnkollektive im DPWV, Wuppertal, die gemeinsame Behördenstrategie betreibt und fachbezogene Arbeitskreise durchführt. Anschrift: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, 56 Wuppertal, Chlodwigstr.

Der Verein Soziale Jugendarbeit, Bochum, führt regelmäßig eintägige Praktikerseminare für Sozialarbeit im Ruhrgebiet durch, die als Weiterbildungsveranstaltung anerkannt sind. Das nächste Seminar findet statt am 1. Dezember 1972. Thema "Wohnen im Kapitalismus". Auskunft: Verein Soziale Jugendarbeit oder Büro für Sozialplanung, Telefon 02321/702576 oder 701465.

Die neuen Gesamthochschulen in NRW in Essen, Paderborn, Siegen, Krefeld u.a. suchen für den Studiengang Sozialwesen haupt- und nebenamtliche Dozenten für Psychologie, Pädagogik, Sozialpädagogik, Vorschulerziehung, Soziologie, Methodenlehre der Sozialarbeit usw. Auch Sozialarbeiter (grad.) können sich als nebenamtliche Dozenten bewerben. Auskunft bei den Gesamthochschulen.

Ein Kollektiv in Kassel sucht einen Kollektivberater. Bezahlung nach BAT IVa. Nähere Auskünfte bei: Günther Kaufmann, 35 Kassel, Weißenburgerstr. 1o, Telefon 0561/18054.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitische Arbeitskreise (A.G.SPAK) veranstaltet für die einzelnen Projekte Seminare und Arbeitstagungen. Vom 12. - 17. Dezember findet in Höchst eine Tagung zum Thema Stadtteilarbeit statt.. Interessenten wenden sich an die SPAK-Bundesgeschäftsstelle, 8 München 2, Kobellstr. 12, Telefon 0811/586119.

INFO SOZIALARBEIT

Heft 2

Sozialarbeit in Institutionen